

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboemmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 85 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4568) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die 5 gesetzte Pausenzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerbschäften, postliche und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftzeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Soreit 6—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Die sozialen Aufgaben der Stadt.

* Leipzig, 12. November.

Von den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen trennen uns nur noch wenige Tage. Da ist es geboten, näher zu untersuchen, welche sozialpolitischen Aufgaben der Stadt zufallen und ob und wie sie von ihr gelöst werden. Es ist selbstverständlich, daß in dieser Beziehung die Erwartungen an eine Stadt, deren Bürgervorstellung unter Anwendung des Dreiklassenwahlsystems gewählt wird, nicht zu hoch gespannt werden dürfen. Um so mehr Ursache haben aber gerade die zahlreichen Wähler der dritten Klosse, dafür zu sorgen, daß wenigstens die elementaren Aufgaben, die die Neuzeit an die Stadtgemeinde in sozialpolitischer Richtung stellt, gewissenhaft und sorgfältig erfüllt werden.

Eine verständige kommunale Politik muß es sich zum Ziel stellen, die vielseitigen Bedürfnisse der breiten Masse der Einwohnerschaft zu befriedigen, die Gemeinde zu einem Organe der Wohlfahrt im Interesse der Gesamtheit zu machen. Dies hohe Ziel ganz zu erreichen, wird freilich unter dem Dreiklassenwahlsystem, das den Interessen der bestehenden und genießenden Minderheit zu dienen bestimmt ist, kaum möglich sein. Um so energischer und klarer hat die Masse des arbeitenden Volkes ihre Forderungen zur Kenntnis der Klassenwahl-Vertretung zu bringen. Am wirksamsten kann dies bei den kommunalen Wahlen selbst geschehen. Jeder sozialdemokratische Stimmzettel, der bei den Stadtverordnetenwahlen abgegeben wird, bedeutet nicht nur einen Protest gegen das schreende Unrecht des Dreiklassenwahlsystems, er ist zugleich ein Appell an die Usurpatoren der kommunalen Herrschaft, den Missbrauch ihrer Macht nicht bis zur völligen Ignoranz gegenüber den fühlbarsten Bedürfnissen des arbeitenden Volles zu treiben. In unzweideutiger Weise hat die Wählerschaft zu erklären, was sie will.

Doch die sozialdemokratischen Forderungen, die in unserem Gemeindewahl-Programm präzis formuliert sind, von einer leistungsfähigen Stadt wie Leipzig, deren Etat für das nächste Jahr auf die runde Summe von 29 Millionen Mark veranschlagt ist, mit Leichtigkeit verwirklicht werden können, kann von keinem vernünftigen Menschen bezweifelt werden. Viel weniger leistungsfähige und finanzielle Städte, als es Leipzig ist, haben einen guten Teil der sozialdemokratischen Programmfäße bereits verwirklicht, die Wohlfahrt der gesamten Gemeindemitglieder wird dort als oberstes Gesetz in der kommunalen Verwaltung viel mehr geachtet, als bei uns. Das Schlagwort von den „sozialdemokratischen Utopien“, mit dem die Männer der „Ord-

nung“ unsere Forderungen zu diskreditieren bestrebt sind, hat längst schon an seiner Zugkraft eingebüßt. In den breitesten Volkskreisen wird das Verlangen positiver Kommunalpolitik zur Förderung der Interessen der werkthätigen Klassen immer lebhafter. Und selbst wenn es notwendig würde, für die erforderlichen Aufwendungen neue Einnahmequellen zu erschließen, oder die vorhandenen stärker ziehen zu lassen, so wird davon eine kräftige soziale Kommunalpolitik nicht zurücktreten. Eine gesunde Finanzpolitik besteht nicht darin, bei unabsehbaren Ausgaben zu knausern, sondern hat dafür zu sorgen, daß für alle notwendigen Auswendungen die Gelder in gerechter Weise ausgebracht werden. Man nehme das Geld da, wo es ist, würde aber nicht dem schon vom Unternehmertum aufs äußerste ausgebenteten Arbeiter noch neue Lasten auf.

Welche Wege in der städtischen Finanzpolitik Leipzigs eingeschlagen werden sollen, das hat klarlich die Nachricht gezeigt, die über das Ergebnis der Beratungen in der gemeinsamen Steuerkommission in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Es ist eine ebenso unumstößliche wie bedauerliche That, daß dem Grundbesitz, dem eine fortgesetzte Wertsteigerung zu gute kommt, die Abgaben erleichtert, die Gemeinschaft der Einwohnerschaft dafür aber höher belastet werden soll. Und das, nachdem die Hausgratier die Wohnungsmieten in der rigorosesten Weise in die Höhe getrieben haben, welch einträgliches Geschäft leider noch immer nicht zu einem Abschluß gekommen ist. Statt gegen den Wucher auf diesem Gebiete energische Maßnahmen zu ergreifen, beabsichtigen unsere Kommunalpolitiker die Stadt Leipzig mit einer Biersteuer zu beglücken, deren volkswirtschaftlich schädliche Konsequenzen sich sehr schnell fühlbar machen werden.

Mehr als eine halbe Million Mark, die dem Grundbesitz alljährlich geschenkt werden soll, gedenkt man aus der Biersteuer herauszuwirtschaften.

In der Biersteuer haben wir es mit einer indirekten Steuer zu thun, die das bequemste Mittel bildet, dem Besitz die Lasten abzunehmen und sie auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen zu wälzen. Ohne Rücksicht auf die Steuerkraft des Einzelnen werden alle Einwohner gleichmäßig belastet; der Arme hat daran viel schwerer zu tragen, als der Reiche. Diese Steuerart in das System unseres kommunalen Steuerwesens aufzunehmen, ist um so tadelnswert, als schon das deutsche Reich pro Kopf der Bevölkerung den hübschen Betrag von 16 Mark an indirekten Steuern auf die unentbehrlichen Lebensmittel und Verbrauchsartikel erhebt, so daß also schon jetzt eine fünfköpfige Familie nicht weniger denn 80 Mark in Form indirekter Steuern zu entrichten hat. Gegen die erste indirekte Kommunalsteuer

muß um so lebhafter Widerstand geleistet werden, als zu gewärtigen ist, daß unsere städtischen Finanzpolitiker an dieser Steuerart Geschmack finden und später für indirekte Steuern noch auf andere Verbrauchsgegenstände der großen Masse eintreten werden.

Lassen schon diese Steuervorprojekte erkennen, welche Auffassung von den sozialen Pflichten der Gemeinde in den einflussreichsten Kreisen unserer Stadtverwaltung herrscht, so wird uns dies noch viel klarer, wenn wir die absolute Unfähigkeit unserer Stadt gegenüber einigen allgemein empfundenen Volksbedürfnissen betrachten. Für die Bekämpfung des Arschens wünschs ist bisher ebenso wenig etwas geschehen, wie für die Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen — die Stadt Leipzig müßte sich denn die Annahme der ihr geschenkten Meyerschen Arbeitshäuser als Verdienst anrechnen wollen.

Nicht viel besser ist es mit der Haltung des Stadtrégiments auf denjenigen Gebieten bestellt, auf denen die Stadt den Arbeitern gegenüber als Unternehmer auftritt. Statt in den städtischen Betrieben musterhafte, für das Privatunternehmertum vorbildliche Arbeitsbedingungen einzuführen, passen sich die städtischen Betriebe nur langsam den Fortschritten an, die die Arbeiter im Kampfe mit dem privaten Unternehmertum bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen im Laufe der Zeit erringen haben. Ebenso eigenartig war das Tempo, in dem man den neuzeitlichen Verhältnissen in Bezug auf die unteren Beamtenstufen und die Lehrerschaft an den Volksschulen Rechnung getragen hat.

Auf dem Gebiete der Volkshygiene ist es bezeichnend, daß ein Schutz gegen die Arbeitsausbeutung von Schülern noch so gut wie ganz fehlt; nicht minder bemerkenswert ist, daß die Errichtung von Volksbädern schon jetzt, wenigstens vorläufig, zum Abschluß gelangt sein soll. Hier von steht merkwürdig die Sorge für die Besitzer der Schwimmanstaltsaal ab, die neulich in einer Ratsvorlage zu Tage trat, wonach die Stadt auf vertragsmäßige Bestimmungen eingehen sollte, die es verhindert haben würden, daß die Aktionäre von den „zu gemeinnützigen Zwecken“ und als fonds perdu gezahlten Beträgen je etwas einzubauen könnten.

Wohin immer wir blicken, unsere Stadtgemeinde ist als Organ der sozialen Fürsorge nicht nur verbessungsfähig, sondern auch dringend verbessерungsbedürftig. Die Vertreter der bestehenden Klasse sind dabei nicht nur nicht interessiert, sondern leisten zum großen Teil derartigen Anregungen sogar Widerstand. Um so notwendiger ist die Wahl einer aktionskräftigen sozialdemokratischen Vertretung. Bisher war unsere Stadtverordnetenfraktion

Seuilletot.

Abdruck verboten.

Rot und Schwarz.

Bon Stendhal (Henri Beyle).

22. Wie man 1830 handelte.

Das Wort ist dem Menschen gegeben worden, um seine Gedanken zu verbergen. R. B. Malagrida.

Raum in Berrieres angekommen, machte sich Julian schon Vorwürfe über sein ungerechtes Benehmen gegen Frau von Menal. Ich hätte sie wie ein einfältiges Frauenzimmer verachtet, wenn sie bei dem Auftritte mit Herrn von Menal aus Schwäche gefehlt hätte! Sie hat sich wie ein Diplomat aus der Sache gezogen, und ich sympathisierte mit dem Besiegten, der mein Feind ist. Es liegt in meinem Thun bürgerliche Kleinlichkeit; meine Eitelkeit ist verlegt, weil Herr von Menal ein Mann ist! eine berühmte und weitansgedeckte Adversität, der ich die Ehre habe anzugehören; ich bin nur ein Dummkopf.

Herr Chelan hatte die Wohnungen abgelehnt, die ihm die angesehensten Liberalen des Landes um die Wette angeboten hatten, als ihn seine Absehung aus der Pfarrrei vertrieb. Die zwei Zimmer, die er sich gemietet hatte, waren durch seine Bücher völlig überfüllt. Julian wollte Berrieres zeigen, was ein Priester ist, er begab sich zu seinem Vater und holte sich ein Dutzend Tannenbretter, die er selbst auf dem Rücken, die ganze Grande Rue entlang, eintrug. Bei einem alten Kameraden hatte er sich Handwerkszeug geborgt und bald hatte er eine Art Bücherei gesammelt, in der Herr Chelan seine Bücher unterbringen konnte.

„Ich hielt Dich von der Eitelkeit der Welt verdorben,“ sagte der Greis zu ihm, indem er vor Freuden weinte; „daß da macht die Kinderei mit der glänzenden Uniform der Ehrengarde, die Dir so viel Feinde verschafft hat, wieder mehr als gut.“

Da Herr von Menal Julian befohlen hatte, bei ihm zu wohnen, ahnte niemand, was vorgefallen war. Am dritten Tage nach seiner Ankunft sah Julian keinen Greiner als den Unterpräfekten von Maugiron ihn in seinem Zimmer anstreichen. Aber erst nach einem zweihundert Stunden albernen Geschwätz und nach unendlichen Jeremiaden über die Schlechtigkeit der Menschen, über die geringe Ehrlichkeit der zur Verwaltung der Staatsgelder Angestellten, über die Gefahren dieses armen Frankreichs etc. merkte Julian, was der Besuch bezweckte. Man war bereits auf dem Treppenabsatz, und der arme, schon halb in Ungnade gefallene Erzieher führte ihn mit der dem zukünftigen Präfekten irgend eines glücklichen Departements gehörigen Achtung hinaus, als es diesem beliebte, sich mit dem Glücke Julians zu beschäftigen, seine Mäßigung in seinen Ansprüchen etc. zu loben. Endlich schloß ihn Herr von Maugiron mit dem Ausdruck des väterlichsten Wohlwollens in seine Arme, schlug ihm vor, das Haus des Herrn von Menal zu verlassen, und bei einem Beamten einzutreten, der Kinder „zu erziehen“ hatte, und der, wie der König Philipp, dem Himmel dafür dankte, nicht so sehr deshalb, daß er sie ihm geschenkt hatte, sondern sie in Herrn Julians Nähe habe geboren werden lassen.

„Ihr Erzieher würde achthundert Franken Gehalt bekommen, aber nicht zahlbar Monat für Monat, denn das ist nicht vornehm,“ sagte Herr von Maugiron, „sondern vierteljährlich und stets im voraus zahlbar.“ Jetzt war die Reihe an Julian zu reden, der seit

anderthalb Stunden mit Ungeduld darauf wartete. Seine Antwort war vollkommen, und vor allen Dingen so lang wie eine Verordnung; sie ließ alles durchblicken und sagte dabei gar nichts gerade heraus. Man konnte darin zu gleicher Zeit Achtung für Herrn von Menal, Verehrung für das Publikum von Berrieres und Danachbarkeit für den erlauchten Unterpräfekten finden. Dieser Unterpräfekt, der erstaunt war, einen noch viel geriebenen Jesuiten zu finden, als er selber war, verzichtete vergeblich irgend etwas Bestimmtes zu erlangen. Der entzückte Julian ergriff mit Entzücken die Gelegenheit, sich üben zu können und begann von neuem, indem er seine Antwort in andere Ausdrücke kleidete. Wie hat ein beredter Minister, der das Ende einer Sitzung, wo die Kammer so thut, als wenn sie wieder erwachen wollte, beunruhigt will, weniger in mehr Worten gesagt. Kaum hatte sich Herr von Maugiron entfernt, als Julian wie verblüfft zu lachen begann. Um seine jesuitische Gabe auszunützen, schrieb er einen neuen Seiten langen Brief an Herrn von Menal, in dem er ihm über alles, was man ihm gesagt hatte, Bericht erstattete, und ihn bescheiden um seinen Rat fragte. „Dieser Schurke hat mir gleichwohl nicht den Namen der Person gesagt, die mir das Anerbieten macht. Es wird Herr Valenod sein, der in meiner Verbannung nach Berrieres die Wirkung seines anonymen Briefes sieht.“

Nachdem er seinen Brief expediert hatte, ging Julian zufrieden wie ein Jäger, der an einem schönen Herbstmorgen schon um sechs Uhr früh eine überreiche Beute gemacht hat, zu Herrn Chelan, um ihn um seinen Rat zu bitten. Aber der Himmel hatte ihm noch weitere Freuden aufgespart, und bevor er noch zu dem guten Pfarrer kam, führte er ihm Herrn Valenod in den Weg, dem er keineswegs verbarg, daß sein Herz von Menschlichkeit erfüllt sei; ein armer

an Zahl zu schwach, um ohne Unterstützung bürgerlicher Stadtverordneter in aktuellen Fragen schlämige Anträge zur Beratung bringen zu können. Von großer Bedeutung ist deshalb eine numerische Verstärkung unserer Fraktion, zumal die bisher notwendige bürgerliche Unterstützung sozialdemokratischer Anträge wiederholt nicht zu erlangen war, welcher Umstand an sich schon dazu führen müsste, von der Einbringung solcher Anträge im vorhinein abzuweichen.

Die Sozialdemokratie muss deshalb bei den bevorstehenden Wahlen alle Anstrengungen machen, die Zahl ihrer Mandate zu vermehren. Es gilt einen schweren Kampf auszukämpfen, vor allem im Nordkreis und im inneren Stadtkreis. An die Thakraft und Opferwilligkeit unserer Genossen im Dienste der Partei werden diesmal höhere Ansprüche gestellt, denn je gestellt werden müssen. Es gilt den bürgerlichen Gegnern zwei Kreise zu entringen, die von Rechts wegen der Sozialdemokratie gehören müssen.

Genossen, der Preis ist der Mühe und des Kampfes wert!

Die erste Rate des Khaki-Buges. Fortsetzung folgt!

Dem Bundesrat ist die Kostenrechnung für den khaki-Zug in Gestalt eines dritten Nachtragsetsatzes zum Reichshaushaltsetat für 1900 zugegangen.

Die darin geforderte Summe zur Bezahlung einmaliger außerordentlicher Ausgaben beträgt nicht weniger als

152770000 Mark,

einen Betrag von solcher Höhe, dass er selbst pessimistische Beurteiler überraschen könnte.

Die Vorlage lautet:

S 1. Der diesem Gesetz als Anlage beigelegte dritte Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1900 wird in Aussage auf **152770000 M.** an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Staats und in Einnahmen auf 152770000 M. festgestellt und tritt dem Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1900 hinzu.

S 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bezahlung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von **152770000 Mark** im Wege des Kredits flüssig zu machen.

S 3. Soweit Ausgaben auf die im S 1 bezeichneten Verträge zu den Vermögenszwecken des zugehörigen Nachtragsetsatzes bereits geleistet sind, werden sie nachträglich genehmigt und kommen auf den im S 2 bewilligten Kredit in Anerkennung.

Die gesamte Forderung zerfällt in folgende einzelne Positionen:

1. Ausgaben bei der Verwaltung des Heeres 119800000 M.
2. " " " Verwaltung der Marine 28857000 "
3. Post- u. Telegraphenverwaltung 3800000 "
4. Pensionen, Witwen- und Waisengelber u. 215000 "
5. Kosten einer Medaille für die Teilnehmer an der Expedition 70000 "

Geschwindigkeit ist keine Hexerei, und mit erstaunlicher Fingerspitzengefühl und ohne irgendwelchen geistigen Aufwand heißt es die Regierung den neuen großen Khaki-Pump. Wie es in der Vorlage heißt, entsprechen die einzelnen Ansätze „dem nach überschlagsicher Schätzung ermittelten Bedarf bis zum 31. März 1901. Für das Rechnungsjahr 1901 wird eine weitere entsprechende Vorlage gemacht werden, sobald sich die Verhältnisse genügend übersehen lassen.“

In der Begründung heißt es:

Bei der Eigenartigkeit des ostasiatischen Unternehmens und der dadurch bedingten Unsicherheit in der Schätzung der Kosten kann es sich zur Zeit nur darum handeln, die allgemeine Ermächtigung zur Leistung der nötigen Ausgaben zu erlangen. Diese wird in der Form eines Nachtragsetsatzes nachgelegt, um wenigstens diefele Gleichberichtigung der Ausgaben zu bieten, die gegenwärtig möglich ist. Da von den im Nachtragsetat geforderten Beträgen ein erheblicher Teil bereits geleistet ist, wird hierfür in S 3 des Etatsgesetzes die nachträgliche Genehmigung nachgesucht.

Kein Sterbenswörthchen von einer Nachsuchung um Indemnität! Der S 3 der Vorlage spricht nur von einer „nachträglichen Genehmigung“; die Regierung sieht sich also über eine Verpflichtung hinweg. Das einsame Nachsuchen um nachträgliche Genehmigung ist keine Bitte um Indemnität. Und die Erklärung und Begründung, dass es sich bei der „Eigenartigkeit des ostasiatischen Unternehmens“ u. d. darum handeln könne, „die allgemeine Ermächtigung zur Leistung der nötigen Ausgabe zu erlangen“, ist erst recht kein Erfolg für das Indemnitätsgesetz.

Eine ausführliche Denkschrift ist der Vorlage beigegeben über die politische Notwendigkeit der Expedition, über die Maßnahme beim Heere, bei der Marine, bei der Post- und Telegraphenverwaltung, über die Stiftung einer Medaille und über die Finanzierung. Sobald diese Denkschrift vorliegt, wird sie eingehender zu erörtern sein.

Außerdem sind Anlagen beigegeben über die ursprüngliche Kriegsleitung des Expeditionscorps und über die Kriegsleitung des verstärkten ostasiatischen Corps, eine Übersicht über die voraussichtlichen Kosten der Schiffe für den Personal- und Materialtransport. Die Ausgaben für die Heeresverwaltung sind weit

Junge wie er, müsste sich gänzlich der Neigung hingeben, die der Himmel in sein Herz gepflanzt hatte, aber die Neigung allein genügte nicht in dieser schlechten Welt. Um würdig im Weinberge des Herrn zu arbeiten, und nicht ganz unwürdig so viel gelehrter Mitarbeiter zu sein, bedürfe es des Studiums; er müsste zwei kostspielige Jahre im Seminar von Besançon verbringen und darum müsse er sparen, was viel leichter sei bei einem in Vierteljahrssätzen ausgezahlten Gehalt von achthundert Franken, als bei sechshundert Franken in Monatsraten. Andererseits aber scheine der Himmel, indem er ihn zu den jungen Renals schickte und ihm eine besondere Zuneigung für sie einflöste, ihm doch anzusehen, dass es nicht recht wäre, diese Erziehung um einer anderen willen aufzugeben.

Julian erreichte einen solchen Grad der Vollendung in dieser Art der Gedankensetzung, die das rasche Handeln des Kaiserreiches erforderte, dass er sich am Ende selbst bei dem Klang seiner Worte langweilte.

Als er wieder nach Hanse kam, traf er einen Diener des Herrn Valenod, in großer Livree, der ihn in der ganzen Stadt gejagt hatte, um ihm eine Einladung zum Essen für denselben Tag zu überbringen.

(Fortsetzung folgt.)

höher als erwartet. Es handelt sich nur um eine Truppe von 20000 Mann; nach der Begründung umfasst das ganze Expeditionskorps 582 Offiziere, 120 Sanitätsoffiziere, 161 obere Beamte, 18712 Mannschaften, 27 untere Beamte, 5579 Pferde. Erfasst für Abgänge beim Expeditionskorps hinauszuführen, ist nur vorgesehen, wenn die Verhältnisse dies durchaus erfordern!

Die erste Rate für die Kalkpolitik beträgt also die Kleinigkeit von 152770000 M., von dem Budget der Menschenopfer gar nicht zu reden. Wenn diese Mittel erschöpft sind, soll mehr gefordert werden. Der Betrag soll durch eine Anleihe aufgebracht werden, die Binsen zahlen die Steuerzahler, ein großer Teil der Summe ist bereits, ohne Zustimmung des Reichstags, den man links liegen lässt, verputzt worden. Die Mehrheit wird selbstverständlich die nachträgliche Genehmigung beschließen.

Wird diese Anleihe, die fast das Doppelte der Schahanweisungsanstalte beträgt, nun auch wieder bei den Yankees an der New Yorker Börse in Wallstreet aufgelegt?

Für die Opfer des Auges (Pensionen u. c.) werben 243000 M., für den dekorativen Flittertanz eines Medaillentanzes 70000 M., also ein Drittel des Postens für die Opfer, gefordert.

Die Deutsche Tageszeitung befand stürmischen Bewilligungsschrei aus den Taschen — der kleinen, es wird, erklärt das agrarische Demagogens- und Denunziantenblatt, „nichts anderes übrig bleibt, als diese recht erheblichen Kosten zu bewilligen und der Reichsregierung die nachgeholte Genehmigung der bereits gemachten Auswendungen zu erteilen“.

Die Post schließt sich an, bettelt aber die Regierung an um eine Indemnitätserklärung in anderer Form. Die Germania, das Centrumblatt, ist durch die „Höhe der Forderung unangenehm überrascht“, klagt über das Fehlen einer Indemnitätserklärung und fordert ihren alten Gertanz, der niemand mehr täuscht. Das Centrum bewilligt, und alles übrige ist somitbhafte Pose.

Das Volk sieht jetzt, welche Früchte der Baum der Weltpolitik trägt.

Politische Übersicht.

Der Rücktritt Mittnachts.

Aus Stuttgart schreibt uns unser **—**-Korrespondent vom 11. November: Gestern telegraphierte ich Ihnen den Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Mittnacht. Heute kam ich hinzufügen, wer seine Nachfolger geworden sind. Er hat nämlich zwei Nachfolger bekommen. Das Präsidium im Staatsministerium ist auf den dienstältesten Minister des Kriegswesens, Schott v. Scholtenstein, übergegangen, das Ministerium des Auswärtigen wurde dem seitherigen Kabinettschef Freiherrn von Soden übertragen. Die Neorganisation des Staatsministeriums ist nicht ausgetragen, wie man sie beim Rücktritt Mittnachts allgemein erwartet hätte. Man hatte angenommen, dass das Verlehrwesen in ein selbständiges Ressort verwandelt, dagegen das Präsidium und das Auswärtige bei einander bleiben würden. Nun ist das Präsidium vom Auswärtigen getrennt, das Auswärtige und das Verlehrwesen aber sind bei einander gelassen. Die von Mittnacht geführten Nebenämter des Ordenskanzlers und des Ministers des königlichen Hauses sind gleichfalls auf v. Soden übergegangen, und dessen Nachfolger als Kabinettschef ist ein noch jüngerer Freiherr von Hemmingen-Wittenberg geworden.

Das königliche Handschreiben, das die Genehmigung des Rücktrittsgeleihs Mittnachts enthält, ist in sehr herzlichem Tone gehalten und sagt u. a.:

Mein lieber Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. Frhr. von Mittnacht! Sie haben Mich in einem Schreiben vom 6. November unter Verufung auf den bedauerlichen Zustand Ihrer Augen, der Ihnen angestrebtes dauerndes Leben in hohem Grade erschwert und dessen Besserung bei Ihnen vorigerichtigen Alters nicht mehr zu hoffen sei, um Ihre Verlehrung in den bleibenden Ruhestand gebeten. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie schwer es mir wird, dieser Ihrer Bitte zu entsprechen, und wenn Ich es trotzdem thue und Siebleit in Gnaden Ihrer Aemter enthebe, so geschieht es einzlig und allein, weil Ich das Gewicht Ihrer Gründen und die Berechtigung Ihres Wunsches anerkenne, nach mehr als 50-jähriger aufopfernder Thätigkeit im Dienste des Landes und dreier Könige endlich in die wohlverdiente Ruhe des Privatlebens einzutreten. Mehr denn 30 Jahre haben Sie als Minister dem höchsten Rate der Krone angehört, behielt ebenso lange die Stelle des Ministers Meines Hauses bekleidet und nahezu 25 Jahre an der Spitze des Staatsministeriums gestanden. In der Stunde, wo Sie diese Ihre Aemter niedergelegen, kann Ich nur die Versicherung höchster Anerkennung und herzlichsten Dankes für alles, was Sie in dieser langen Reihe von Jahren Meinem Hause und dem ganzen Lande gewesen sind, wiederholen. Ein leuchtendes Vorbild treuer Pflichterfüllung und aufopfernder Hingabe an Ihren Beruf, haben Sie auch Ihrer hohen Staatsmännischen Eigenschaften während eines Menschenalters dem Gang der Geschichte unseres Vaterlandes den Stempel Ihres Geistes aufgedrückt. Sie haben mitgeholfen, Württemberg einzufügen in den stolzen Bau des wiebergelebten Reichs und es den Segnungen teilhaftig zu machen, die dessen Wiederaufrichtung allen seinen Gießern gebracht hat. Ihrer Umsicht und Thakraft ist es zu danken, dass unsere Verlehranstalten mit der fortströmenden Entwicklung und den sich immer steigernden Anforderungen des heutigen Verlehrlebens gleichen Schritt gehalten haben. Indem Ich einen so langjährigen und erprobten Diener und Ratgeber von Meiner Seite geben lasse, lebe Ich der Hoffnung, dass er mir auch in Zukunft noch mit seinem getreuen Rat, wenn Ich dessen bedürfen sollte, gerne zur Seite stehen wird.

Zum Schluss stellt das Schreiben Mittnacht noch eine besondere Ehrengabe in Aussicht und gibt ihm in den Ruhestand die besten Wünsche mit.

Sozialistisch dieser Ministerwechsel ist, so ist er doch ein Ereignis. Die im Entlassungsschreiben genannten Gründe sind so einleuchtend, dass man nach anderen nicht zu suchen braucht. Und auch der Zeitpunkt — am Abschluss einer parlamentarischen Periode — ist nicht ungeeignet gewählt. Es wird aber trotzdem Gernegroße geben, die der Welt glauben machen wollen, sie hätten Mittnacht gestürzt. Bereits sucht das heisige Centrumblatt einen Zusammenhang zwischen den Landtagsverhandlungen über die Verlehrhäuser Konvention und den Rücktritt Mittnachts nachzuweisen. Lächerlich! Alle Versuche, Mittnacht zu stürzen — und es waren deren nicht wenige in den letzten Jahren — sind gescheitert an der unerschütterlichen Thatsache, dass Mittnacht eben nicht zu stürzen war. Er besaß das unaufhebbare Vertrauen der Krone und gleichzeitig ein so ausnahmsweise großes Maß an staatsmännischer Gewandtheit, dass von den Gegnern, die er im Lande hatte, ihm kein einziger gewachsen war. Es ist darum auch keine höfliche Redensart, sondern entspricht der Wirklichkeit, wenn es im oben erwähnten handschreiben heißt, während einem Menschenalter habe Mittnacht

dem Gang der Geschichte Württembergs seinen Stempel aufgedrückt. Mittnacht war kein „Handlanger“; er war als Staatsmann eine Persönlichkeit, eine merkwürdige Persönlichkeit. Verbittert Bismarck, schenkte er doch die brutalen Mittel, die dieser zur Errichtung seiner Zwecke anwandte; von konservativen Grundsätzen durchdrungen, würde er merkwürdigsterweise von den Parteien der Rechten gehaßt und fand oft bei denen der Linken eine Stütze — eben in der Haupfsache deshalb, weil er seinen Standpunkt in ausgefeilte geschickt, oft rücksichtsvoller Weise zu wahren wußte, weiter auch, weil er sich als Staatsmann zu allen Zeiten Unabhängigkeit nach allen Richtungen bewahrt hat. Der beste Beleg hierfür ist, dass er nach der deutlichen Willensbildung des württembergischen Volkes im Jahre 1895 gleich zur Einbringung eines Verfassungsreformvorschusses, der den Wünschen des Landtages entsprach, bereit war. Mag er der Verfehlung dieser Reform auch keine Thräne nachgeweint haben, so ist ihm aber auch nicht nachzuweisen, dass er ihre Durchführung erschwert hätte. Seine glänzenden rhetorischen Fähigkeiten — im Landtag wurde er in der Belehrung der Redekunst von keinem erreicht — lamen ihm in seiner Haltung gegenüber der Landesvertretung äußerst zu gute. Sein hervorragendster Charakterzug war die Verachtung der schwäbischen Rechtsverträge. Die bündestaatliche Selbstständigkeit Württembergs suchte er bei aller Begeisterung für die Bismarckische Politik zu wahren so gut es ging. Sein geschichtlicher Ruhm wird vor allem darin geführt werden, dass er einen Anteil nahm an der formellen Errichtung des Reiches. Er, der letzte der beteiligten Diplomaten, sah als Justizminister namens des Königreichs Württemberg seinen Namen unter die Verträge, die dem Reich seine Form gaben.

Sollten wir von unserem Standpunkt aus ihm bei seinem Abgang ein Zeugnis mitgeben, so muss darin hervorgehoben werden, dass er sich von den Durchschnittsstaatsmännern unserer Zeit zu seinem Vorteil unterschied durch hohe diplomatische Begabung und feine menschliche Gefühle. Darauf ist auch die Thatsache zurückzuführen, dass es in Württemberg um die staatsbürglerlichen Freiheiten immer noch um einige Grade günstiger steht, als in irgend einem anderen Bundesstaate.

Über die Nachfolgerschaft Mittnachts läuft sich kaum etwas sagen. Der Kriegsminister Schott führt das Präsidium lediglich aus formellen Gründen, Einfluss auf die Landespolitik im allgemeinen wird er nicht ausüben vermögen. Soden ist ein Mann von 54 Jahren, der lange Zeit in Reichsdiensten stand (von 1885—1893 war er Gouverneur in Kamerun) und von dort wahrscheinlich auch preußisches Wesen mitbringt. In der Landespolitik ist er seither nie hervorgetreten.

Deutsches Reich.

Vom kleinen Ton in Potsdam.

Der Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherr von Mirbach, hat schon öfters bewiesen, dass die gezierte Eitelkeit des alten französischen Königtums in Potsdam nicht mehr Mode ist und dass der gute preußische Kaiserin an ihre Stelle getreten ist. Davon liegt wieder ein neues Pröbchen vor. Er hat nach dem Vorjahr am letzten Donnerstag an fünf ausgesetzte und dann wieder zur Arbeit am Auguststift am Fuße des Pfingstbergs bei Potsdam zugelassene Zimmergesellen eine politische Ansprache gehalten, wobei er die fünf Verbandsmitglieder auf die Seite treten ließ. Er sorgte ungeschickt:

Ich weiß, dass Ihr verführt seit von ganz gewissenlosen Gebern, die Euch und Eure Familie ins Unglück stürzen wollen und von Euren Groschen leben, die Ihr ihnen opfert. Es haben sich die Streikende aus Berlin hier eingeschlichen in unser friedliches Potsdam. Geht heraus aus Euerem Verband, welcher ja doch kein gewerkschaftlicher Verband ist, sondern nur ein sozialdemokratischer, und gerade die Sozialdemokraten, diese Rhinoceros, haben Euch verführt. Leute, ich sage Euch nochmals, geht heraus aus Euerem Verband, denn wohin soll das führen, das bauende Publizum ist nicht auf Eurer Seite, ja die Bürger stoßen sich daran, und es wird niemand mehr bauen, wenn er lange Zeit keinen Bau legen lassen muss infolge Eurer Streikerei, und Ihr werdet es noch soweit bringen, dass kein Mensch mehr wird bauen und Ihr werdet dann seine Arbeit mehr haben und dann werden Euch die Augen aufscheinen. Und von Euch freut es mich (nach der Seite der Arbeitswilligen), dass Ihr stand gehalten habt gegenüber diesen da, und ich verspreche Euch, dass, so lange die Kaiserin baut, werden sieets nichts unorganisierten beschäftigt werden; nun geht und arbeite in Ruh und Frieden miteinander.

Bisher hat man von den Versicherungskünsten des Rhinoceros in der Naturgeschichte nichts vernommen. Es gibt eben nicht bloß Kaiserinnenhofblätter, Herrn v. Mirbach zuliebe werden die Hofblätter auch eine Rubrik Hofblätter einführen müssen. Für die Sozialdemokraten ist es immerhin interessant, zu erfahren, wie sie von Mirbachs geistigen Höhen aus gesehen werden.

* Berlin, 12. November. Der Reichshaushaltsetat soll, wie die offiziösen Berliner Pol. Nachr. melden, dem Reichstag unmittelbar nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden. In bezug der zu erwartenden Anleihen wird bemerkt, es würden sich die jetzt zu erhebenden Ansprüche an den Geldmarkt für Reichsdeutsche in durchaus massvollen Grenzen halten!

Nach der Kreuzzeitung steht es seit, dass der Staat dem Reichstag erst einige Tage nach der Eröffnung und nur die Kostenrechnung für China gleich bei der Eröffnung vorlegen wird.

Der Staat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung ist dem Bundesrat zugegangen. Die Einnahmen sind auf 420 162 950 M. veranschlagt (28 053 020 M. mehr als im Vorjahr). Im Extraordinarium werden für Neubauten von Postgebäuden z. t. u. a. gefordert: für Bremen eine erste Rate von 100 000 M. (im ganzen 357 500 M.), Bremerhaven erste Rate 100 000 M. (im ganzen 343 000 M.), Breslau (am Dominkanerplatz) erste Rate 200 000 M. (im ganzen 1 388 000 M.), Charlottenburg (Goethestraße 3) erste Rate 128 000 M. (im ganzen 418 200 M.), Mannheim erste Rate 600 000 M. (Gesamtfordernung noch nicht fertig), Meeran (Sachsen) erste Rate 50 000 M. (im ganzen 260 000 M.), Schönberg (Berlin) erste Rate 140 000 M. (im ganzen 547 000 M.), Stettin erste Rate 220 000 M. (im ganzen 1 300 000 M.), Berlin (Dorotheenstraße) Erwerbung des Bauplatzes 1 471 375 M., Berlin, Körnerstraße, für den Bauplatz 880 000 M., Berlin, Oranienburgerstraße, Vergrößerung 532 000 M., Bielefeld — Bauplatz — 281 300 M., Düsseldorf — Bauplatz und Vergrößerung — 1 388 780 M., Gelsenkirchen — Vergrößerungen — 201 500 M., Hagen i. W. — Bauplatz 522 752 M., Hamburg — Bauplatz am Hauptbahnhof — 325 375 M., Hannover — Bauplatz für Fernsprechamt — 851 728 M., Kreuzburg O.-S. — Erwerbung des Augustusplatzes — 327 000 M., Leipzig — Vergrößerung des Grundstückes — 119 650 M., Leipzig — Vergrößerung des Augustusplatzes — 59 038 M., Reichenbach (Vogtland) — Vergrößerung — 217 751 M., Nürnberg (Berlin) — Bauplatz — 414 000 M. —

Der Kolonialrat nahm am 10. November einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, zur Förderung der wirtschaft-

lichen Entwicklung der Karolinen, Palau-Inseln und Marianen, Konzessionen an eine beschränkte Anzahl von kapital-sicherer Unternehmern zu gewähren. Der Herzog-Regent Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin sprach dem Kommerzienrat Oechelhäuser den Dank für seine Wirksamkeit in Sachen der ostafrikanischen Centralbahn aus, der Kolonialverwaltung seine Anerkennung für die Förderung der Angelegenheit. Er „wies die Angriffe auf das Gouvernement von Ostafrika als unbegründet zurück“, was sich aus der amtlichen Uebersicht über die Entwicklung des Schuhgebietes im vergangenen Jahre ergeben. Der Direktor der Kolonialsabteilung Dr. Stübel dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und betonte die Notwendigkeit des Ausbaues der Eisenbahnen für die Entwicklung des Schuhgebietes. Gouverneur v. Liebert bestand die von mehreren Seiten angegriffenen konfessionellen Schulen als einen Notbehelf. Dr. Stübel bemerkte, die Kolonialverwaltung sei in jeder Weise bestrebt, den Wünschen der Missionen entgegenzukommen, dürfe aber auch die praktischen Schwierigkeiten nicht übersehen. Gouverneur v. Liebert „stellte fest“, daß die Urenken am Nilsmanscharo mit der Hüttensteuer nicht zusammenhingen. In der Frage der Zollerschleifungen für die Produkte der Kolonien oder bestimmte Einfuhrartikel ergaben sich Meinungsverschiedenheiten.

Was der Herzog-Regent und Herr von Liebert „zurückwiesen“ und „feststellen“, ist ganz belanglos.

Gestern mittag hat im Berliner Börseesaal eine von dem Großbankier und Abgeordneten von Siemens einberufene Versammlung über die im Interesse der Fortsetzung der bisherigen Handelsvertragspolitik zu unternehmenden Schritte beraten. Es waren Interessenten aus allen Teilen des Reichs erschienen. Siemens referierte zu Gunsten der Fortsetzung der bisherigen Handelspolitik. Röder Woermann-Hamburg schloss sich ihm an. Die Versammlung nahm sodann eine von Siemens vorgeschlagene Resolution zu Gunsten der bisherigen Handelsvertragspolitik an und genehmigte die Säugungen der neuen Vereinigung. Ein Ausschuss wurde gewählt. Der Verein nennt sich „Handelsvertragsverein“.

Wie man der Täglichen Rundschau mitteilt, soll sich Reichsanzler Graf Bülow gegen das System eines Maximal- und Minimaltarifes als Grundlage für die Neugestaltung unserer Handelsverträge erklären haben. Graf Posadowsky, der, wie schon mitgeteilt, für den Doppeltarif Stellung genommen hatte, soll auf seinem früheren Standpunkte nicht beharren, sondern sich den Wünschen des Reichsanzlers Grafen Bülow unterordnen. Er hat so viel auf dem Herbolz, daß er sich artig aufführen muss, will er überhaupt noch gebüdet werden.

Eine Berliner Anarchistenversammlung, die gestern im Osten als Gedächtnisfeier für die Opfer von Chicago abgehalten werden sollte, ist verboten worden.

Bei der Reichstagswahl in Randow-Greisenhagen ist am Freitag nach der Meldung des Wolfsischen Bureaus doch der Konservative, Herr Prätorius, im ersten Wahlgange gewählt worden. Eine vorläufige Feststellung ergibt: Prätorius 14854, Genosse Körster 11760, Dohrn (freil. B.) 1480 Stimmen. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 27820. Nach der Kreiszeitung beläuft sich die konservative Mehrheit nur auf 500 Stimmen. 1898 betrug der Vorsprung des Konservativen noch 3227 Stimmen. Selbst wenn man annimmt, daß die vom Wolfsischen Bureau gegebenen Zahlen richtig sind, so verlor der Konservative 440 Stimmen, wir gewannen 1208 und der Freisinnige 231 Stimmen; der Vorsprung des Konservativen verminderte sich um fast 2000 Stimmen.

Ein lärmhafter, schwindsüchtiger Sieg! Die Kreiszeitung ist schon glücklich, daß man diesmal noch um die Sichtwahlerumgekommen ist. Die Wählerlisten waren, wie der Vorwärts berichtet, so mangelhaft, daß 3000 Wähler nicht eingetragen waren; in einzelnen Bezirken sind etwa fünfundzwanzig Prozent der Wähler an der Abgabe ihrer Stimmzettel dadurch gehindert worden. In dem Wahlbezirk Frauendorf wies die Liste beispielweise ca. 800 eingeschriebene Wähler auf, während 250 Personen wegen Fehlens ihrer Nomen von der Wahlurne zurückgewiesen werden mußten. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Grabow, Bredow und Bällschow. Die Listen waren so mangelhaft zusammengestellt, daß viele Wahlberechtigte, die bis 25 Jahre dieselbe Wohnung innehaben, seit dieser Zeit stets in den Listen geführt wurden und ihr Wahlrecht regelmäßig ausübten haben, diesmal nicht wählen konnten und somit rechtmäßig wurden.

Hof und Volt. Die Berliner Stadtverordneten haben bekanntlich, um eine neue Ablanzierung durch den Freiherrn v. Mirbach zu vermeiden, darauf verzichtet, der Kaiserin zum Geburtstage zu gratulieren. Enttäuschte konservative Bürger haben daraufhin demonstrativ Glückwunschkarten in der Bürgerschaft gesammelt. Mit welchem Erfolg ist unbekannt. Nun hat die Kaiserin dieses Danachschreiben erlassen:

Die Glückwunschkarten, die mir von vielen Laienbuden von Bürgern Berlins aller Kreise und Stände, von zahlreichen Vereinen verschiedenster Art zu Meinem Geburtstage in so freundlicher Weise zugegangen sind, haben mich in erster Zeit besonders herzlich erfreut. Mir ist die dabei ausgesprochene Königstreue Gestaltung weiter Kreise unserer Reichshauptstadt bekannt, und wenn mir von so vielen Seiten innige Dankbarkeit dargebracht wird für die vielen Lebeswerke, die in dem vergangenen Jahrzehnt mit Gottes Hilfe unter Meinem Schutz und unter Meiner Mitwirkung gefördert worden sind, so erkenne ich mit innigem Dank und aufrichtiger Freude an, daß die Berliner Bürger, ihre Frauen und Jungfrauen durch ihre anbauernde und opferwillige Unterstützung einen großen Anteil an dem schönen, auch über Berlin hinaus sich erstreckenden Erfolge haben. So weiß und hoffe ich, daß wie bisher so auch fernerhin weite Kreise der Berliner Bürgerschaft treu in Frei und Freud zu ihrem Königshause stehen werden.

Ich bitte das für die Ausführung der Absichten zusammengetretene Komitee, diesen Meinen Dank den Unterzeichnern derselben bekannt zu geben.

Neues Palais, den 8. November 1900.

Auguste Viktoria I. R.

Man sieht dieses Schreiben erstaunt, und liest es immer wieder. Wie ganz anders klängen die Worte der Kaiserin als die ihres Gemahls. „Weite Kreise“ Berlins sind aber königstreuen gefinnt! Nicht die Mehrheit, nicht die große Masse! Nur „weite Kreise“! Und die Kaiserin hofft keine Aenderung des Zustandes, sie will ihn nur erhalten und will sich freuen, wenn die „weiten Kreise“ den Königshause treu bleiben?

Typhus im deutschen Heere. Bei der ersten Abteilung des in Straßburg i. E. garnisonierenden Feldartillerie-Regiments Nr. 15 ist, wie uns unser G-Korrespondent von dort berichtet, eine Typhusepidemie ausgebrochen, an der bereits 27 Mann erkrankt sein sollen. Da diese sich ausschließlich aus der zweijährigen Dienstzeit rekrutieren, so glaubt man den Ursprung

der Seuche auf den Genuss schlechten Wassers im Manöver zurückzuführen zu müssen. Das im selben Kasernement liegende Feldartillerie-Regiment Nr. 51 ist bisher von der Krankheit verschont geblieben, während die davon betroffene Abteilung am Donnerstag ihren Standort verlassen hat, um bis zum Erlöschen der Epidemie in den Baracken des Trainingsplatzes bei Hagenau Quartier zu beziehen. Die Presse spricht auch bereits von zwei Todesfällen beim 15. Artillerieregiment und führt Klage über mangelhafte sanitäre Absicherung der Truppe nach dem Ausbruch der Seuche. Die Unteroffiziere des heimgesuchten Regiments hätten sich acht Tage später noch frei in der Stadt, ja selbst in Wirtschaften bewegt.

Das „Tauschobjekt“. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt zu der offiziellen Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß im vorigen Jahre eine dem Auswärtigen Amt nahestehende Person und fürtzlich erst ein in afrikanischen Dingen sehr einstreichlicher Beamter des Auswärtigen Amtes unsere südafrikanischen Kolonien nur noch als ein Tauschobjekt bezeichneten, dafür liegen uns schriftliche, bezüglich der Zeit, des Ortes und der Person genau detaillierte Angaben der Augen- und Ohrenzeugen, die bekannte Ehrenmänner sind, vor. An dieser Thatsache würde sogar eine Erklärung Bülow's im Reichstage nichts ändern, geschweige denn die Note der Nordd. Allg. Zeit.

Posen. 10. November. Erzbischof Stablewski richtete, wie der Dziemil Pognanowski meldet, an den im Wahlkreis Meseritz-Bomst aufgestellten Reichstagskandidaten, den Administrator der Parochie Altłobes Krzesinski, nachstehendes Schreiben:

Im Interesse der Wahlfreiheit schwieg ich über Ihre Kandidatur bis jetzt. Da Sie jedoch in ganz ungehöriger Form in öffentlichen Wahlversammlungen Ihre geistliche Obrigkeit provozieren und sich erlauben, auf die Wähler einzutreten durch fälschliche Schlüsse, die Sie aus dem Verhalten dieser Obrigkeit gezogen haben, so erkläre ich Ihnen, daß Ihr Verhalten vor den Wählern illoyal, für einen katholischen Priester in Anbetracht seiner kirchlichen Pflichten unziemlich und bedauerlich ist.

Der Pfarrer von Krzesinski, einer der Kandidaten des Wahlkreises Meseritz-Bomst, dessen Kandidatur trotz des Empfehlungsbrieves des Centrumsabgeordneten Stephan für Herren von Chrzanowski im Einverständnis mit Dr. Lieber, von den Centrumswählern aufrecht erhalten wird, hat, so schreibt uns unser Posener Bx.-Korrespondent, den Horn seiner geistlichen Behörde auf sich geladen. In einer Wählerversammlung sagte Krzesinski, seine Kandidatur erfreue sich des Einverständnisses mit seiner Behörde, denn ihm seien von dieser Seite keinerlei Anlagen erteilt worden. Dies müsse für die Wähler bestimmt sein, trotz der von gewisser Seite geschriebenen Briefe.

Deshalb der Brief Stablewskis, der die nahen Beziehungen Liebers zum Papste kennt!

Die Kölnische Zeitung schreibt aus Posen: „Wie verlautet, wird der Vorsitzende der Posener Landwirtschaftskammer, Herr Endell, in letzterer Zeit von dieser Stellung zurücktreten. Herr Endell ist bekanntlich auch Provinzialvorsitzender des Bundes der Landwirte und einer der wichtigsten agrarischen Agitatoren. Die Gründe des Rücktritts sollen auf persönlichen Gebiet liegen und, wie man in unterrichteten Kreisen behauptet, ungemein interessant sein.“

d. Essen. 9. November. Der Gesinnungsläufigsten eine im deutschen Blätterwalde ist ohne Zweifel die Rheinisch-Westfälische Zeitung.

Als die Leipziger Volkszeitung den 12000 Mark-Handel aufdeckte, konnte sie sich über den Verbrauchsbruch, der da geübt worden sei, nicht genug entrüsten. Aber — sie kann auch anders. Bald darauf kam sie selbst mit ihrer bekannten verdientvollen Enthüllung vom Tauschobjekte, als daß man im Auswärtigen Amt unsere herrlichen Pläne an der afrikanischen Sonne betrachte. Ihre Behauptung ist offiziell dementiert worden. Zu dem Dementi bemerkt nun die Rheinisch-Westfälische Zeitung in Nr. 876 vom 9. November:

Ein solches Dementi kann in keiner Weise genügen. Was wir verlangen müssen, ist ein klares Dementi im Reichsanzeiger. Unser Behauptung, daß noch in den letzten Tagen ein Beamter des auswärtigen Amtes, der für Südwestafrika durchaus zuständig ist, Deutsch-Südwestafrika nur noch als Tauschobjekt bezeichnet hat, halten wir voll aufrecht. Wir haben keine Ursache, die uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite als vertraulich (?) bezeichnete Mitteilung ohne weiteres auf einen so sahmen Einwand zu widerlegen.

Auso die gesinnungsläufige Rheinisch-Westfälische Zeitung verlangt auf die Publikation einer „vertraulichen Mitteilung“ ein klares Dementi im Reichsanzeiger — oder die Regierung bleibt gerichtet. In diesem Falle handelt es sich übrigens bloß um einen Kampf der politischen Meinungen, während es sich bei den Veröffentlichungen in sozialdemokratischen Blättern um Aufdeckung politischer Demoralisation und Korruption handelt, so daß kein Unparteiischer ihre Gemeinnützigkeit bestreiten kann. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung freilich möchte gerne auch das Enthüllungswesen zum Monopol der Scharfmacher machen.

g. Nürnberg. 11. November. Durch die weise Voranschaltung der Polizei in unserer Nachbarstadt Fürth ist der Staat wieder einmal glücklich vor dem Untergange bewahrt worden, indem sie die Beteiligung von Einladungszetteln zu einer sozialdemokratischen Versammlung, in der Genossen Segis über die Handelspolitik sprechen sollte, verbot. Das Verbot erfolgte deshalb, weil auf den Zetteln der Hinweis fehlte, daß Minderjährige von der Versammlung ausgeschlossen seien. Bisher hat sich die bayerische Polizei zu einem solchen Schritte noch nicht versiegen, sie wartete immer, ob auch Minderjährige wirklich in die jeweiligen politischen Versammlungen kommen würden, um dann ihre Fortsetzung zu fordern. Es blieb nichts anderes übrig, als neue Zettel drucken zu lassen, aber die Sache wird noch ein Nachspiel haben, da die Fürther Genossen sich solche Schikanen nicht gutwillig gefallen lassen.

Keine politische Nachrichten. Der Gerichtsassessor Wehsen, bekannt durch seine Schlußreden in Kammer, ist nach der neuesten Nummer des Just.-Minist.-Bl. jetzt als Rechtsanwalt beim Kammergericht zugelassen worden. — In dem Prozeß gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Münch wurde am 8. d. Bls. in Nottweil das Urteil verkündet. Münch wird von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt wegen mangelnden Thatbestandes, der Beleidigung Reichs' wegen Wahrung berechtigter Interessen und von den drei anderen Auflagen wegen Beleidigung freigesprochen, weil die Strafanklage nach der damaligen Sachlage gewichtige Zweifel in die Berechnungsfähigkeit setzt. — Das Fürther Schwurgericht verurteilte Salou, der das „Attentat“ auf den Shah von Persien verübt, unter Annahme mildender Umstände wegen Mordversuchs zu lebenslanger Haftstrafe. Die Kerze erklärte Salou, einen überwannen Menschen, für „zurechnungsfähig“; er behauptete, er habe den Shah angefallen, um der „anarchistischen Sache“ zu dienen! — Die italienische Deputiertenkammer ist auf den 22. November einberufen worden.

Schweiz.

Die Ausweitung Bernsteins nicht aufgehoben.
ob. Zürich, 10. November. Wie jetzt bekannt wird, war die unmittelbar vor der Volksabstimmung über die Doppelinitiative verbreitete Nachricht von der Aufhebung der Ausweitung Bernsteins unrichtig. Wie der Herr Nationalrat Theodor Curti nahestehende St. Gallen Stadanziger erfährt, handelt es sich nur um eine temporäre Aufhebung, d. h. um die Edouard Bernstein erzielte Erlaubnis, sich bis auf weiteres in der Schweiz aufzuhalten. Die Absicht einer politischen Beeinflussung der Arbeiterschaft durch die angebliche Aufhebung der Ausweitung wird von der Zürcher Post bestritten. Sehr mit Unrecht! Das durch die Krankheit seiner Frau verursachte Gejisch Bernstein um Gestaltung des Aufenthaltes in der Schweiz lag schon seit Monaten in Bern, ohne daß der hohe Bundesrat Zeit gefunden hätte, es zu behandeln. Daß er diese Zeit gerade zwei Tage vor der Volksabstimmung fand und daß die Erlaubnis zur zeitweiligen Rückkehr zur Aufhebung der Ausweitung umgedichtet wurde, hat gewiß tiefere Gründe als die Anfrage eines Redakteurs der Zürcher Post, wie es eigentlich mit dem Besuch Bernsteins steht. Darüber helfen alle Abklärungen unserer freiwillig und unfreiwillig gewordenen Presse nicht hinweg!

Uns dem „Gottesfrieden“.

Paris, 10. November.

Das neueste Regierungsprogramm, wie es von Waldeck-Rousseau in seiner Toulouser Rede entwickelt wurde, hat nun ebenfalls die Billigung der Kammermehrheit gefunden. Die Politik der „republikanischen Verteidigung“ soll durch eine solche der „republikanischen Aktion“ abgelöst werden — so hat bis auf weiteres die Deputiertenkammer beschlossen. Das Ende des „Gottesfriedens“ der Weltansetzung hat also nicht das Ende des außergewöhnlichen Ministeriums gebracht. Sleht man von allerlei persönlichen Nebenständen ab, die freilich in den französischen Parteiverhältnissen sehr schwer ins Gewicht fallen, so zwängt sich der Schluss auf, daß die reformfreudlichen bürgerlichen Parteien zur Überzeugung gekommen sind, daß eben nur noch ein außergewöhnliches Ministerium mit einem sozialistischen Zusatz im Stande ist, die paar Reformen durchzuführen, die in Toulouse versprochen wurden. Sonst würde der Sieg des Ministeriums ganz unverständlich erscheinen. Ein böser Septimer könnte allerdings diese Schlussfolgerung mit der Brüte abhunzen: ob wirklich bei den Abstimmungen der französischen Deputiertenkammer Verstand und Logik unbedingt vorausgesetzt werden müssen? . . .

Diese Frage drängt sich ja dem wohlwollendsten Beobachter auf nach dem Schauspiel, das die Kammer insbesondere in ihr letzten unruhigen Sitzung geboten hat. Winnen zwei Stunden fand sich nacheinander eine Mehrheit, die dem Gesamtministerium ein General-Vertrauensvotum gab, dann dem Handelsminister Millerand in einem „Busch“ eine Rüge wegen der in seiner Rede von Lens „befürchteten kollektivistischen Lehren“ erzielte, in einem weiteren „Anfaß“ den Justizminister wegen der Ansiedlung Sipidos tadelte, ferner das widersprüchsvolle Ungeheuer von Vertrauens- und Tadelformeln aus der Welt schwieg, um schließlich eine neue Vertrauensformel zu volieren, die mit komischer Ausdrücklichkeit als „Busch“, die das Vertrauensvotum wieder annullieren würden, im voraus auszuschließen! Daß diese posenhaft-tollen Widersprüche nur aufs Conto einer gewissen Anzahl loslösser Volksvertreter zu durchschreiben sind, die durch ihre Schwankungen die Mehrheit veränderten, — dieser Umstand kann ja an dem Gesamteindruck und dem Gesamtauftakt nichts ändern. Und ein Ministerium, das stets mit solchen Elementen zu rechnen hat, ist notwendig in seiner Aktionssreihe gebunden.

Andererseits ist es kein Zufall, daß die schwankenden Elemente der Kammer gerade in der letzten Interpellationschlacht, wo es sich um eine Umgestaltung des Charakters des Ministeriums handelte, von neuem den Kammerbeschlüssen den Stempel des Viderusses aufzudrücken für gut hielten. Bisher waren die beiden Kammerlager ziemlich scharf getrennt, d. h. so lange es sich bloß um die „republikanische Verteidigung“ in einer ausnahmsweisen Situation handelte. Jetzt aber, wo die Situation nach dem allgemeinen Urteil wieder normal geworden ist, wo also das Kabinett Waldeck-Rousseau-Millerand seine ursprünglichen Rechtstitel eingebüßt hat, tritt in den Vordergrund die Frage nach der Mitwirkung eines Sozialisten an einem „normalen“ Ministerium. Daher die Schwäche jener schwankenden Elemente, daher aber auch vor allem die Aenderung der Taktik seitens des realistischen Missmachs. Während früher das Ministerium im Namen der „Armees-Ehre“ und des „bedrohten Vaterlandes“ angegriffen wurde, galt diesmal der realistische Kläger in den „kollektivistischen Lehren“ Millerands. Das rote Gespenst tritt in Aktion, um die paar bescheidenen Reformen unter dem Vorwande der „bedrohten Gesellschaft“ zu verhindern.

Lebriens hat der Ministerpräsident nichts gethan, um die realistischen Angreifer gebührend zurückzuspielen, da er offenbar nicht gewillt war, „auszusprechen, was ist“. Die Fortdauer des Kabinetts, wenigstens in seiner bisherigen Zusammensetzung, bleibt für die Öffentlichkeit nach wie vor ein Rätsel. Waldeck-Rousseau hat zwar die „Missbilligung“ der Millerandschen Rede von Lens energisch abgelehnt, aber natürlich nur aus dem gleichen Grunde der ministeriellen Solidarität, der ihn auch genötigt hat, das „Bedauern“ über die standesläufige Ansiedlung Sipidos an die bayerische Regierung im Namen des Gesamtministeriums abzulehnen. Auf die Notwendigkeit der Mitwirkung Millerands aber ging er mit keinem Worte ein. Und doch muß er, der Ministerpräsident, diese Mitwirkung für notwendig halten, falls er überhaupt in seiner Regierungstätigkeit sich durch psychologisch „hinterhaltende Gründe“ leiten läßt.

So nullar und unbefriedigend die allgemeine Situation ist, so klar und befriedigend ist die innerhalb der sozialistischen Fraktion eingetretene Aenderung. Nach einer alten langen und allzu unerträglichen Streit- und Kaderperiode ist — wir wollen hoffen, für immer — wieder der Friede eingetroffen. Unsere Fraktion, die bei der Desorganisation der bürgerlichen Parteien Frankreichs, durch ihre geschlossene Kampffertigkeit so wuchtig aufgetreten kam und wiederholt aufgetreten war, hat in den Großaufstellungen der Kammer zuerst wieder eine ebenso glänzende wie entzweitende Rolle gespielt — natürlich dank ihres einheitlichen Vorgehens. Die sogenannten „ministeriellen“ und „antiministeriellen“ Sozialisten hatten sich zu einer gleichen Haltung gegenüber dem Ministerium geeinigt. Viviani von den ersten und Vaillant von den letzten sprachen wesentlich (Fortschreibung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Für Jedermann!

Herren-Anzüge u. Leberzieher auf Abzahlung

erhalten Sie für 20.—, 28.—, 35.—, 42.— bis 60.— Mf.
Anzahlung schon von 6.— Mf. an.
Abzahlung pro Woche von 1.— Mf. an nur bei

N. Fuchs

Leipzig, Kurprinzstrasse 13.

Achtung! Holzarbeiter!

Achtung!

Öffentliche Versammlung

Dienstag den 13. November abends 7 Uhr
im Thüringer Hof, Volkmarßdorf.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stücklein aus Altenburg über: Politische und neutrale Gewerbs-

chaften. 2. Gewerkschaftliches. — Zahlreiches Erstehen erwartet

Die S.-B.

Sonntag den 18. November Humoristischer Familien-Abend im Coburger Hof.

Joseph's Geschäftshäuser

Plagwitz

53 Zschochersche Strasse 53

Leutzsch

37 Hauptstrasse 37

Reudnitz

33 Dresdener Strasse 33

Thonberg

28 Reitzenhainer Strasse 28

Auerfaunt billigste Bezugssquellen

empfehlen in denkbar grösster Auswahl:

Winterpaletots für Herren und Knaben

Winterjoppen für Herren und Knaben

Elegante Anzüge für Herren und Knaben

Stoffhosen für Herren und Knaben

Arbeitsgarderoben für jeden Beruf.

Neu aufgenommen:

Schuhwaren.

Dienstag den 13. November 1900

Klempner - Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Warum leben wir? Prof. Kollege Willms.

2. Verlaut und Neuwahl der Werkstätten-Kommission. 3. Gewerkschaftliches.

Schöders Restaurant, Reudnitz, strasse 6.

Morgen Dienstag Schlachtfest.

Antikusavoll A. Schöder.

Rothenburger Erker, Kleinzschocher

Morgen Dienstag Musikalisches Schlachtfest.

Delikates Schweineschmalz

frischgebacken und garantiert rein
Pfd. 55 Pf., gröbere Posten billig.
Postleiner Taselbutter, Pfd. 112 Bis
empfohlen [11467]

H. L. Kröger, Gerberstrasse 1.



BILLIG! BILLIG!

25

Bettstellen

mit Matratzen
finden einzeln mit 5.— An-
zahlung u. wöchentlich 1.—
Abzahlung abzugeben.

S. Osswald

Röntgenplatz 7, I.
gegenüber der Markthalle.



Lebhaft erhältlich, wo Blasone, Kuno-
gross d. Victor Heyd, Südstraße 73,
Leipzig.

Echt goldene Trauringe
von 4 Mark an bei

Gustav Kann, Tauchaer Str. 6.

Betten ganze Gebett 10, 12, 15, 18,

22 bis 45 M. [11404]

Böhmisches Bettleder das Pf. 30, 50,

70, 90 ab 4, M. Berlin, Str. 10.

gebr. u. neu, kaufen man spott-

billig Nürnberger Str. 47, I.

Altes Gold
tanzt z. höchst. Preisen
ihremacher Becker,
Raust. Steinweg 38.

Berantwortlicher Redakteur: August Böttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Helmisch in Leipzig.

Beilage zu Nr. 262 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 12. November 1900.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

im gleichen Sinne: fortan wird unsere Fraktion weder ministeriell noch antiministeriell sein, sondern ihre Haltung anschließlich nach den Interessen der Partei bezüg. den Handlungen und Unterlassungen des Ministeriums einrichten. Und diese Verständigung wurde auch sofort zur That, als es sich in den Abstimmungen darum handelte, die Fallstricke der Reaktion aus dem Wege zu schaffen.

Man erinnert sich noch der manigen Vorgänge in der Sitzung des 15. Juni, wo die Reaktion zuerst durch einen antikommunistischen „Bauh“ zum Vertrauensvormel das Ministerium zu stützen versuchte. Damals glaubte die Mehrheit der Fraktion in der Gesamtabstimmung jenen „Bauh“ mit annehmen zu müssen. Dieses Manöver wurde nun auch diesmal von den Münchenern wiederholt. Aber die sozialistische Fraktion fand einen Ausweg, den sie schon am 15. Juni hätte finden können, wenn sie eben einig gewesen wäre. Zehl hat sie einfach die Gesamtabstimmung verhindert, und zwar indem sie die Obstruktion anzunehmen begann. Der bloße Beginn der sozialistischen Obstruktion, die vor der definitiven „Wissensbildung“ des Kollektivismus eine Debatte über den Sozialismus erzwingen wollte, hat genügt, um die Ordungspartei mirre und das vorläufige antikollektivistische Votum wieder rückgängig zu machen.

Eigentlich genommen, ist es die sozialistische Fraktion, die zugleich das Ministerium — wegen der von diesem versprochenen Reformen gerettet hat. In der Schlussabstimmung über die neue Vertrauensvormel votierten dann sämtliche sozialistische Abgeordnete ohne Ausnahme für das Ministerium, wie sie in allen früheren Abstimmungen streng einheitlich votiert haben.

Demnach darf man hoffen, daß die Frage Millerand fortan für die sozialistische Partei aufhören wird, eine Quelle von Streitigkeiten zu sein und daß zum allermindesten die schmerzlichsten Stadien des Einigungsprozesses der Sonderorganisationen der Vergangenheit angehören.

Die Vorgänge in China.

Von der Einigkeit.

Die Times berichten aus Peking über Taku unter dem 8. November: Es wird jetzt bekannt, daß der gestrige Vorschlag des englischen Gesandten, in dem vorläufigen Friedensvertrag eine Klausel über die Durchsicht der Handelsverträge einzufügen, von sieben auswärtigen Vertretern nachdrücklich unterstellt wurde. Widerspruch habe der Vorschlag nur von den Vertretern Russlands und Frankreichs erfahren. Desgleichen hätten nur die Vertreter Russlands und Frankreichs dem ausgezeichneten Vorschlag des amerikanischen Gesandten widersprochen, daß durch eine zweite Klausel China verpflichtet werde, zukünftig den Beamten von seinem Amt zu entfernen, in dessen Amtsbezirke die Gewaltthoten gegen Fremde vorgekommen sind. Die Vertreter Russlands und Frankreichs begründen ihre Haltung damit, daß keine der beiden Klauseln für den vorläufigen Friedensvertrag in Betracht käme.

Der russischen Beschlagnahme des Geländes am Huan-Pao-Ufer bei Tientsin wird, wie weiter aus Peking telegraphiert wird, lediglich vorübergehende militärische Bedeutung beigemessen. Deshalb hat der englische Gesandte auf eine Verwahrung dagegen verzichtet.

Fedors Bericht.

Das Oberkommando meldet: Die Ruhr nimmt allgemein ab. In Peking und Tientsin ist aber noch der Typhus vorhanden. Zwei japanische Compagnies wurden von Peking und Tsingtau gegen die Ansammlungen von Vogern bei Shunhien entföhnt. Eine russische Kolonne hatte am 31. Oktober ein glückliches Gefecht nördlich von Tsunhuau, zwei Männer wurden getötet, verwundet wurden vier Offiziere und zwölf Männer. Eine gemischte Kolonne, bestehend aus Russen, Franzosen und Engländern, geht von Tangschau über Tsingtau nach Norden vor.

Von der Sicherheit in Schanghai.

Dem Berliner Tageblatt wird deutscher: Große Aufregung herrscht hier über folgenden Vorfall: Zwei deutsche Soldaten wurden in ein Theehaus durch eine englische Polizeiwache gelöst und dort überfallen. Einer erhielt einen Schuß in den Rücken, der andere wurde gefeuelt und durch Hiebe auf den Kopf und Fußtritte mishandelt und ins Bettengefängnis gebracht. Der Hauptmann, der benachrichtigt wurde, befreite ihn. Angeblich soll von beiden Seiten versucht worden sein, die Sache zu verschleiern. Es wird behauptet, die Soldaten sei betrunken gewesen. Diese Behauptung hat sich als unwahr erwiesen. Das wahrscheinliche Motiv der That ist Rache.

Kleine Chronik.

Leipzig, 12. November.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Dienstag die Oper Die Hochzeit des Figaro in Szene.

Im Alten Theater wird Dienstag Hartlebens Ossiziers-Tragödie Rosenmontag wiederholt.

Am Mittwoch wird im Neuen Theater der zweite Teil des Berliozschen „Trojaner“-Werkes Die Trojaner in Karthago aufgeführt.

Im Alten Theater gelangt am Mittwoch als 8. voltümliche Vorstellung zu halben Preisen Othello zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Die Schwanz-Novität Die strengen Herren von Oskar Blumenthal und Gustav Kabelburg, die gegenwärtig einstudiert wird, kommt bereits am nächsten Freitag, den 16. d. M., im Alten Theater zur ersten Aufführung.

Der Sonnabend bringt im Neuen Theater die Erstaufführung von Heinrich Böllners Oper Die verunkreute Glöde.

Altes Theater. (Wilhelm Tell. Schauspiel in fünf Akten von Friedrich Schiller.) Seit wenigen Jahren hat Schillers letztes vollendetes Werk, hat sein Wilhelm Tell einen neuen Triumphzug durch die deutsche Welt begonnen, und seine neuen Erfolge sind vielleicht größer und edler als seine alten es je gewesen sind. Seit der deutsche Arbeiter Theaterbesucher geworden ist, ist der Tell wieder eine zugrätzige Novität geworden.

Die Frage, warum gerade dieses Drama mehr als alle anderen Werke des größten deutschen Dramatikers den Weg zum Herzen der Arbeiter gefunden hat, ist, kaum gestellt, auch schon beantwortet. Der Grund für dieses besondere Wohlgefallen liegt im Stoffe. Der deutsche Arbeiter hat innige Sympathie für jenen edlen Zweig des deutschen Volkes, dessen tausendjährige Geschichte die Geschichte einer politischen Selbstbefreiung ist, und er sieht darin, im Bühnenbild zu sehen, wie sich alles in seinen aufzuhenden Wendungen angezogen haben mag.

Es ist aber nicht die geschilderte Anschaulichkeit allein, die

Der Krieg in Südafrika.

Vord Roberts telegraphiert aus Johannesburg vom 8. d. Mts.: Smith-Dorrien berichtet über ein am 6. und 7. November stattgehabtes heftiges Gefecht. Seine aus 250 Bataillonen, 6 Geschützen und 900 Mann Infanterie bestehende Abteilung traf bald nach ihrem Abmarsch aus Vicksburg auf eine Abteilung Buren, die sich an die Flanke der Engländer stellte, bis der Komati-Fluss erreicht war. Dort nahmen die Buren eine feste Stellung ein, aus der sie durch eine weite Umgehungsbewegung vertrieben wurden. Am folgenden Tag verloren die Buren, die bedeutende Verstärkungen herangezogen hatten, umsonst, die Stellung wiederzunehmen, aus der sie am 6. vertrieben worden waren. Am Nachmittag ereignete sich ein Fall, der, wie Vord Roberts glaubt, in diesem Kriege noch nicht vorgekommen ist: 200 berittene Buren machten plötzlich einen Angriff auf die englische Nachhut. In einer Entfernung von 70 Yards wurde der Angriff durch die kanadischen Dragoner abgewiesen. Die englischen Verluste an beiden Tagen waren 8 Tote und 32 Verwundete.

Die Buren halten noch Vicksburg und Umgegend besetzt. Aus Kapstadt wird vom 11. November gemeldet:

In dem Gefecht, das kürzlich Smith-Dorrien in der Nähe von Vicksburg mit den Buren hatte, stellten auf Seite der Buren Kommandant Prinsloo und General Fourie, General Grobleraas wurde verwundet.

Reuters Bureau berichtet: General Methuen überraschte die Burengeneralen Smyman und Bramaal zwischen Ottoskoop und Lichtenberg und brachte ihnen Verluste bei; er erbeutete mehrere Wagen. General Kitchener, der Bruder Lord Kitcheners, führte in der Nähe von Middelburg einen erfolgreichen Nachangriff auf den Feind aus, wobei besonders die Husaren sich auszeichneten. Als diese später zurückgingen, wurden sie von den berittenen Infanterie gedeckt. Als am nächsten Morgen Verstärkungen eintrafen, war der Feind vollständig zerstört.

Oberst Plumer führte einen Angriff von 100 Buren des Kommandos Delarey ab.

Weltmarkt- und Sozialpolitik von oben. — Stadtverordnetenwahlen.

Vor übersättigter Versammlung sprach gestern Genosse Dr. Karl Liebknecht im Pantheon über das erste Thema. Der Redner führte etwa folgendes aus: In den Ereignungen, die von der sozialdemokratischen Partei bekämpft werden, offenbart sich die herrschende Reaktion als schärfe. Das beste Beispiel hierfür bildet gegenwärtig die Wirren in China. Das Verhalten der Missionare ist von dem chinesischen Volke mit Entrüstung zurückgewiesen worden, und die Initiative, die von den Deutschen ergriffen worden ist, kennzeichnet sich in der gepanzerten Faust und endete mit der „Pachtung“ von Kiautschou. Daß die „Pachtung“ nur ein Deckmantel war, um die Eroberung zu verborgen, war auch die Auffassung der Chinesen. Mitten im Frieden hat man sich das Land angeeignet und mittler im Frieden sind dann auch später die Laiusorts genommen worden. Sowar soll das leichtere nur zum Zweck der Rettung der Gesandten geschehen sein, aber in Wirklichkeit war es den Mächten darum zu thun, einen recht fetten Wissen in ihre Taschen stecken zu können. Die Eifersüchtet untereinander hat dabei geführt, daß Peking recht spät erreicht worden ist. Nicht die Mächte haben die Gesandten gerettet, sondern die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben sie gerettet. Statt aber darauf zurückzugehen, hat man den Feldzug mit großen Worten weitergeführt. Als es dann nichts mehr zu thun gab, haben die Deutschen den Grafen Waldersee an die Spitze gestellt. Die Deutschen sind eben in allem hinteran, mit dem großen Mund sind sie aber bedeutend voraus. Wie man das Volk erst immer dann unterrichtet, wenn da: Sache schon fertig ist, so war es auch hier wieder, und was dabei noch hinter den Coultissen getrieben wird, wissen wir überhaupt nicht. Es ist eine gewaltsame Verdrehung der Thatsachen, wenn die Chinapolitik darum zurückgeführt wird, China der Kultur erschließen zu wollen. Die Chinesen besitzen eine Jahrtausende alte Kultur, der Handel in China hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht, die Zeitungen haben dort an Ausbreitung gewonnen, die moderne Kultur erhält immer mehr Einzug, so daß von einem Stillstand gar keine Rede sein kann. Ähnlich wie Japan, daß sich jetzt mit den europäischen Staaten messen kann, wird sich auch China entwickeln. Für eine gewaltsame Invasion läßt sich aber kein Recht ableiten. Die Expansions- und Ausbeutepolitik des Kapitalismus führt zur Gründung von Kolonien. Wir sind nun zwar weit davon entfernt, den Kapitalismus von Anfang bis Ende als kulturreindlich zu betrachten; er mag teilweise sogar unentbehrlich sein, weil er für Ausweitung sorgt, aber seine eigentliche Absicht ist nicht, die Kultur auszubreiten, sondern auf alle mögliche Art auszubauen. Der Kapitalismus gleicht hier dem Teufel, der das Böse will und oft das Gute

willst. Die Expansionspolitik hat sich in letzter Zeit in sieherhafter Weise breit gemacht; es gibt heute Industrien, die weniger die laufenden Bedürfnisse befriedigen, als vielmehr darauf hoffen, neue Märkte zu erschließen; so z. B. die Eisenindustrie. Es steht fest, daß die Großindustriellen, die Stumm, Krupp u. s. w., ein sehr großes Interesse an dieser Politik haben. Aber bereits hinter der Flottenvorlage und jetzt hinter der allgemeinen politischen Lage zeigt sich schon das Geheimnis der Krise. Der Kapitalismus verfolgt in China noch andere Interessen. Das Land besitzt große Naturreichtümer, Kosten, Metallvorräte und eine vorzügliche Bodenfruchtbarkeit. An diesen Schätzen will man Anteil haben. Es ist eines der beschämendsten Blätter deutscher Geschichte, wenn man die Haltung der Deutschen den Engländern gegenüber in der Transvaalfrage betrachtet und nunmehr genau dasselbe Spiel in China treibt. In stützlicher Entrüstung hat man sich gegen das versteckte Albion erhoben und jetzt wird von denselben Leuten mit aller Kraft in die Weltmachtswettkampf gestoßen; und dabei behaupten sie noch, sie seien wahre Christen. Sie sind keine Christen, sie sind Heuchler! Auch wir sind für eine Weltpolitik, die einen Fortschritt unserer Kultur bedeutet; wir werben uns aber entschieden gegen eine Ausbreitung in brutaler Form. Die Sozialdemokratie müßt sich, würde sie eine solche Gewaltspolitik unterstützen, selbst ins Gesicht schlagen; denn das Sozialistengesetz hat es uns deutlich gezeigt, wohin die Gewaltspolitik führt. Er (der Redner) kennt keine von der zahlreichen Erinnerungen an Leipzig, die nicht mit einem Polizisten verknüpft ist. Diese Erinnerungen allein schon sind geeignet, zur Entrüstung anzuregen und da will man uns in den Glauben versetzen, daß durch solche Gewaltspolitik die Chinesen bekehrt werden sollen. Selbst wenn die Chinesen mit gepanzertem Faust niedergehalten werden, so werden die Mächte den Frieden haben, daß es ihnen mit China so geht, wie den Engländern mit Transvaal, den Amerikanern mit den Philippinen und den Deutschen mit seinen Polen, Elsassern und Dänen. Die äußere Politik bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die innere Politik. Die Regierung hat so viel auf dem Kerbholze, daß es schwer fällt, alles aufzuzählen. Unsere deutschen Brüder führt man nach China, wo sie zu Räubern und Mörfern werden; das bedeutet zugleich einen Rückgang der Kultur in Deutschland. Seit dem 30-jährigen Kriege hat man nicht solche Barbarei gesehen. Während man damals alle Barbarei auf die fremden Einbringlinge abwarf, wird jetzt offiziell kein Pardon mehr gegeben, und Graf Bülow deckt mit seinem Namen eine solche Politik, aus den sogenannten Hunnenbriefen geht deutlich hervor, daß jeder, der noch einen Funken von Menschengefühl besitzt vor solchen Thaten Abscheu empfindet. Das ist die Civilisation und das Christentum, das in China verbreitet wird! Selbst von den Kauzjern herab hat man für die Erfolge in China gebeten. Die Hunnenpolitik ist aber nicht nur in China Hunnenpolitik gewesen, auch gegen die deutsche Reichsverfassung ist rein hunnenhaft vorgegangen worden. Zu Gunsten derer, die die Verfassung verletzt haben, mag angenommen werden, daß sie die Verfassung nicht gekannt haben. Das ist freilich schwamm, und jedenfalls wäre es das Beste, wenn bei Beginn des Reichstages sofort ein Antrag eingebracht würde, wonach jedem Mitgliede der Regierung auf Reichstagsstiftung ein Exemplar der Verfassung angestellt wird. In dem allseitigen Beifall, der diesen Worten folgte, tönte plötzlich die Stimme des überwachenden Beanten: Ich entziehe dem Redner das Wort. Genosse Liebknecht war genötigt, hier seine Ausführungen, denen fürchterlicher Beifall folgte, abzubrechen.

Hieraus resümierte Stadtverordneter Lange über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Politik soll, so führt der Redner aus, im Stadtverordnetenkollegium zu Leipzig nicht getrieben werden. Nebenall aber, wo der Kapitalismus herrscht, kommen die Gegenseite zum Ausdruck. So auch im Stadtvorordnetenkollegium an das vorhergehende Referat, bemerkte der Redner, daß die zurückkehrenden Hunnenkrieger jedenfalls als Militärwähler in den Kommunen angestellt werden. In der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums setzte er recht der Gesetze an die bevorstehende Wahl zum Ausdruck gebracht worden. Die lebhafte Beteiligung entspricht nicht der Gesamtheit der Bürgerchaft. Wenn die erste Klasse 1402, die zweite Klasse 4224 und die dritte Klasse 2829 Wähler umfasst, so sei dies ein Berrub. Davon kommt noch, daß die Hausbeamten und Mittelstandsbeamten, die beide in ihren Ansprüchen zurückgeblieben sind, gemeinsame Sache machen und Interessenpolitik treiben, die bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck kommt. In der letzten Sitzung sind es die Juden gewesen, gegen die man zu Felde zog. Redner erläutert sodann die diesbezüglichen Beschlüsse des Stadtverordnetenkollegiums, die der Handelsstadt Leipzig unwürdig seien und stellt fest, daß die sozialdemokratischen Vertreter stets im Interesse der Gesamtbevölkerung gewirkt haben. Die Haltung des Rates den städtischen Gartenarbeiter gegenüber sei keineswegsorrekt zu nennen. Es sei verlangt worden, daß sich die städtischen Arbeiter an ihre Borgeleben und nicht an den Rat wenden sollen. Recht wenig Sympathie sei auch für die Arbeiterauslässe vorhanden, die sogar als Hegeleinrichtungen bezeichnet werden. In den städtischen Gasanstalten sind zwar Unterstützungsseinrichtungen vorhanden, aber die Arbeiter haben keinen rechtlichen Anspruch darauf; die Unterstützung wird ihnen nur gradweise gewährt. Ähnlich sei die Stellung bezüglich der Bevölkerung der Volksschullehrer und Schulbeamten. Leipzig habe ein Jahrhundert an der Spitze des Schulwesens gespendet. Jetzt sei es bereits soweit gekommen, daß die Stadt

Die Hauptrollen waren indes recht gut besetzt und wurden witzigvoll gespielt. Herr Taeger feierte Triumphe. Man kann nur wünschen, daß er sie öfter noch erlebt und verdient. Mag er noch, und die anderen alle, mögen sie sich noch oft darum bemühen dürfen, der Masse die „verdammte Gedächtnislosigkeit“ in abscheulichen Dingen abzuzögeln, und die Zeit herbeiführen helfen, in der ein paar Theaterbesuche im Monat zum Existenzminimum der deutschen Arbeiter geähnelt werden müssen.

Friedrich Stampfer.

Dr. Ludwig Fulda über Schiller. Den Höhepunkt der Schillerscenen, die am Sonnabend im Carolathater vom Schillerverein begangen wurde, bildete ein Vortrag Dr. Ludwig Fulda über Schiller. Ich gestehe: wenn ein Schillerverein eine Schillerfeier begeht, so kommt es mir so vor, wie wenn ein Verein der Aufschnapper eine Atemübung abhält. Schiller ist etwas Gemeines und keine Vereinsfache und Schiller wird gefeiert, so oft er gelesen oder gespielt wird. Dr. Ludwig Fulda mußte unter diesen Umständen darauf verzichten, besonders originell zu sein; er klugte über die Verbundung Schillers durch Goethe. Wir haben es also wirklich glücklich so weit gebracht, daß wir Schillerverteidiger haben; neben Karl Weilrecht und Albrecht v. Berger stellt sich Ludwig Fulda. Es wird an anderer Stelle schon darauf verwiesen, daß all diese Aktionenversuche, soweit sie die Volksbildungsfeststellungen, durchaus überflüssig sind. Man darf fügn behaupten, daß Schiller nie populär gewesen ist, als er es heute ist. Wenn man aber gewisse Überwinde aus den literarischen Gaishäusern lese daran gewöhnt, daß sie immer noch von Schiller etwas lernen können, thut man sicher ein verdienstvolles Werk.

f. s.
Von den Goethehüldern. Aus Weimar wird vom 11. November gemeldet: Der heute hier tagende Delegiertentag des Goethebundes nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Theatercenjur verworfen und der Verbandsvorort beauftragt wird, eine Petition um reichsgesetzliche Befreiung des veralteten Censurwesens an den Reichstag zu richten. Vom Ehrenpräsidenten Prof. Mommsen war ein Begrüßungstelegramm eingegangen, dessen Verlesung allgemeinen Beifall hervorrief. — Zum Vorort für das nächste Jahr ist Berlin gewählt.

gestern tanzend Huben in Spannung erhalten hat, ein höheres allgemeines Interesse hat hier gewaltet. Das historische Drama Tellers stellt nicht bloß dar, was geschehen ist, sondern auch das, was ist. Niemand wirft ihm vor, daß er sich nicht an die geschichtliche Wahrheit halte, die Geschichte vom Tell ist ja bekanntlich eine Sage, die älter ist als das Schweizervolk selbst. Was man von ihm verlangt, ist allein die menschlich-allgemeine Wahrheit, die hier in passend-überzeugender Weise dargestellt wird. Wohl ist der Tell noch vor jener Geisteswandlerung geschriften, die an die Stelle des Ideal begriff steht. Schiller ist noch Naturschüler im Sinne des revolutionären Bürgertums. Sein Stauffacher spricht noch von den eignen Städten, die droben im Himmel hängen und schwärmen im Sinne der Rousseau'schen Geschichtsschule vom sagenhaften Zugstand der Natur. Und doch, wie unterschieden sich diese Freiheitshelden von dem schwärmenden Napoleon Marquis Vaudier im Don Carlos den Tyrannen Spaniens auslicht, durch einen Gedeng die Erde nennzwecken! Nicht von der Feder, sondern von Schwerter erwartet Stauffacher die Freiheit, und nicht um Ideale wird gesämpft, sondern um Interessen. Und darin liegt die groÙe allgemeine Wahrheit: der Tell kämpft für sich, für Weib und Kind, und indem er das Land befreit. Stauffachers Tod hat mancher Schiller verkannt, daß der Held des Stüdes eigentlich gar nicht von idealen politischen Beweggründen geleitet wurde. Eine neue Zeit hat aber erkennen gelehrt, daß nicht das schwärmende Mitleid mit den unterdrückten Bürgern, sondern der gewaltige Drang, die eigene Persönlichkeit durchzusehen, Quell und Hort aller Freiheit ist. Darum steht der Freiheitskämpfer Tell den Herzen der Arbeiter näher, als er je den Herzen der Bürger gestanden ist.

Die Streitungen im ersten und fünften Akt lassen sich gerade unter diesen Umständen am wenigsten rechtfertigen. Scenen, die so voll symbolischer Bedeutung sind und so tiefe weltgeschichtliche Aussicht eröffnen — der Van Zwing-Uris und der Tod des Kaisers — dürfen der neuen Telgemeinde nicht vorbehalten werden. Viele Sorgfalt hätte auch die Scene in der hohen Gasse verdient, die von Herren Leinwand und Gräuland Manne arg verhorben wurde.

durch Landesgesetze gezwungen worden sei, die Anfangsgehaltserhöhung der Lehrer zu erhöhen. Dabei hat sich die Pflichtstundenzahl von 24 in den 80er Jahren auf 30 im letzten Jahre erhöht und die Gefahr ist vorhanden, daß die Stundenzahl noch mehr steigt. Versuchte man doch sogar die Festlegung der Pflichtstundenzahl davon abhängig zu machen, daß die Lehrer seinem Konsumverein angehören sollen. Die Korruption zeigt sich an allen Ecken. In Berlin ist es Kabinetts-, hier Büttenformat. Einer dringenden Beachtung bedürfen die heutigen Wohnungsverhältnisse und zwar nicht nur bei den Juden, sondern im allgemeinen. Vierundeinhalb Tausend Kinder haben die Leipziger Schulen verlassen müssen, weil die Eltern nach auswärts gezogen sind. Demgegenüber werden den Hausbesitzern zahlreiche Vergünstigungen gewährt. Jetzt plant man bereits die Einführung indirekter Steuern und findet noch den Mut, zu behaupten, daß sich die Konsumenten diesen indirekten Abgaben durch die freie Entschließung entziehen könnten. Die Majorität der Bürgerschaft denkt anders darüber. Es ist an der Zeit, daß auch die öffentliche Meinung ihr Urteil fällt.

In der Diskussion wendet sich Genosse Seifert gegen die Judenhege im Stadtverordnetenkollegium und befürchtet davon hauptsächlich eine Beschränkung des Rauchwarenhandels.

Hierauf werben die beiden Resolutionen, die bereits in den Dienstagversammlungen zur Abstimmung gelangt sind, einstimmig angenommen. Mit der Aufforderung, dem Wahlverein beizutreten und die Leipziger Volkszeitung zu abonnieren, schließt hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Der Prozeß Sternberg.

„In der Verhandlung vom Sonnabend wird als Zeugin eine 18jährige Ehlert vernommen, die s. B. in Stolbus in Strafhaft saß und jetzt im Magdalenenstift untergebracht ist. Sie ist von Freunden darauf ausmerksam gemacht worden, daß sie bei der Fischart in der Alexandinenstraße 1 B viel Geld verdienen könne, dort wohne ein reicher Modellmaler, der Modelle brauche. Sie hat dann die Zahl der jungen Mädchen, die bei der Fischart aus und ein gingen, vermehrt. Als Kriminalkommissar von Cressdow der Zeugin in Stolbus das Bild des Angell. Sternberg vorlegte, soll sie in ihm den Maler wiedererkannt haben. Jetzt erklärt sie, Herrn Sternberg nicht als den Maler wiederzuerkennen. Leichter scheine ihr mehr Haar gehabt und auch einen anderen Dialekt gesprochen zu haben. Die Zeugin giebt zu, in der vorigen Verhandlung gesagt zu haben, sie erkenne Sternberg wieder, sie will aber dazu durch ein Stoffstück ihrer früheren Gefährin Kollegin, Zeugin Schnörwange, bewogen sein. Sie erklärt ferner, daß sie mit demselben Maler auch bei einer Frau Röpfer in der Wesselstraße verkehrt habe. Auf Antrag des Staatsanwalts soll diese Frau sofort herbeigeholt werden. — Die Angeklagte Wendler bestreitet auf Begegnen, daß sie die Zeugin jemals bei der Fischart gesehen habe. Die Zeugin bleibt dabei und beschreibt das Zimmer, wobei sie erwähnt, daß auch eine Staffelei darin gestanden habe. Auch das bestreitet die Angell. Wendler. Die Zeugin beschreibt ferner einen großen Hund, eine Katze und viele Vögel, die in der Fischartischen Wohnung gewesen sein sollen. Die Angell. Wendler betont, daß niemals Vögel in der Wohnung gewesen seien und daß sie auch das Mädchen nie-mals dort gesehen habe. Die Zeugin erklärt, daß sie sich in der Zwischenzeit sehr verändert habe. — Der Staatsanwalt legt der Zeugin eine Reihe von Fragen vor, ob sie von irgend einer Seite beeinflußt worden sei. Die Zeugin erklärt darauf, daß mehrere Herren sich an sie herangearbeitet und über die Sternberg-Sache mit ihr gesprochen haben. Besonders sei dies ein Mann gewesen, der sich Epstein nannte, und auch ein „Kapitän Wilson“. Herr Epstein habe ihr gesagt, daß

Ict^h habe. — Angell, Sternberg: Ich habe ja allerding verschiedentlich den Eindruck gehabt, daß der Herr Staatsanwalt wiederholt Fragen auf Grund neuer Informationen stellt, die er in der Zwischenzeit erhalten haben muß. Aber ich erkenne durchaus an, daß der Staatsanwalt ganz lohal vor geht. — Staatsanwalt: Es bedarf keiner Erklärung des Angeklagten darüber, ob ich lohal vorgehe oder nicht. — Zeugin Chlert erzählt u. a. noch, daß sie ihrem Vater gleich mitgeteilt habe, was die fremden Herren alles von ihr gewollt haben, ihr Vater habe sich dies auch aufgeschrieben. Außerdem sei ihr gesagt worden, man wolle die Sache so drehen, als ob sie nicht recht bei Werstände sei. — Der Staatsanwalt beantragt, den Vater sofort zu laden. — Auf Verfragen eines Beisitzers erklärt die Zeugin Chlert, daß sie im August 1881 geboren sei und in den vorliegenden Jahren zum erstenmal mit Herrn Sternberg etwas zu thun gehabt habe. — Frieda Wohda wird nochmals vorgelesen und gefragt, was denn nun an ihrer Aussage wahr sei. Sie antwortet recht energisch: Was ich jetzt hier ausgesagt habe, ist die Wahrheit!

die Wahrheit!
Der Lehrer Destan, der die Wohda eine Weile lang unterrichtet hat, sagt aus: Frida Woyda habe einen guten Eindruck auf ihn gemacht. Nach der ersten Verhandlung habe sie einigen Mitschülerinnen manche Gemeinheiten erzählt, so dass er ihr das ernsthaft untersagt habe. Bei der ersten Verhandlung habe ihm Frida so recht freundlich und kindlich angesehen und ihn begrüßt. Diesmal habe sie besangen und ängstlich gehan und nicht so zuversichtlich, wie früher. — Der Vormund Ruth befürdet, dass das Mädchen auch ihm nicht begrüßt, so dass das Mädchen von irgendeiner Seite in dieser Beziehung beeinflusst zu werden scheine. — Frida Woyda: Ich habe ja den Vormund begrüßt, die Hand habe ich ihm aber nicht gegeben, weil er sich in der letzten Zeit nicht mehr um mich gekümmert hat. — Präf.: Das ist auch bezeichnend für Dein ganzes Wesen.

Eine Mitschülerin der Frida Woyda hat von dieser einmal gehört, daß sie einem Maler Modell gestanden und sich dabei ihrer Kleider habe entledigen müssen. Weiteres habe Frida nicht erzählt. Die Zeugin kann nicht sagen, wann die Woyda die Modells Geschichte erzählt hat. — Eine andere Mitschülerin Hermine G. hat die Modells Geschichte der Woyda nicht von dieser sondern von anderen Schülerinnen gehört, namentlich von einer gewissen Strause, die aber immer etwas mit dem Mund voran sei. Nach der ersten Verhandlung habe Frida Woyda erzählt Herr Sternberg habe dreimal mit ihr etwas vorgehabt, sie habe aber keine Schuld, sie habe ihn abgewehrt. — Während dieser Aussage weint Frida Woyda heftig. Sie wird an den Gerichtstisch herangerufen und bestreitet entschieden, vom Modellstehen etwas erzählt zu haben. „Das ist ja gar nicht wahr!“ sagt sie und bleibt dabei, obgleich die beiden Mitschülerinnen versichern, daß es wahr sei. — Eine andere Schülerin, Anna S., sagt aus. Als die Sache zum erstenmal in der Zeitung stand, hat Frida erzählt, daß sie dreimal etwas passiert sei, aber sie hat nicht den Namen des Mannes genannt, mit dem sie etwas passiert sei. Die Einzelheiten dessen, was sie passiert sei, hatte sie schon vorher einer anderen Schülerin Grete L. erzählt. Auch diese Zeugin hat von der Frida selbst gehört, daß sie habe Modell stehen müssen, die Zeugin glaubt sogar, daß Frida Woyda einmal dabei den Namen Sternberg genannt habe. — Justizrat Dr. Sessel läßt sich von den Zeuginnen bestätigen, daß damals der Name Sternberg bereits in der Zeitung gestanden hatte und bei den Mädchen bekannt war, um welchen Mann es sich handele. — Den drei Zeuginnen wird von ihrem Lehrer ein günstiges Urteil ausgesetzt.

Mit diesem Verhör endeten die Verhandlungen vom Sonnabend.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zu der Meldung vom Ableben des Landtagsabgeordneten
Georgi in Wyslau seien noch folgende biographische Notizen
nachgetragen: Arthur Robert Georgi wurde am 4. März 1843
zu Wyslau geboren, von Hanschreit unterrichtet und kam mit
16 Jahren in eine Kaufmännische Lehre nach Leipzig. 1862 bis
1863 studierte er in Göttingen Cameralia, um später in das
1789 vom Grossvater begründete Geschäft seines Vaters ein-
zutreten. Seit 1869 war er Mitglied, seit 1882 Präsident des
Handels- und Gewerbeausschusses zu Plauen i. B.; 1875 wurde
er stellvertretender Bürgermeister von Wyslau, 1879 Mitglied
der Zweiten Kammer und ständiges Mitglied der Finanz-
deputation A. Seit 1891 war er Beirichtsrat für den Eisen-
bahnhof und seit 1887 Vizepräsident der Kammer. Außerdem
war Georgi Mitglied des Direktoriums der Sächsischen Textil-
Berufsgenossenschaft und deren Obmann für den Bezirk Zwittau;
ferner Ausschusshauptvorsitzender der Alters- und Invaliditäts-Ver-
sicherungsanstalt für das Königreich Sachsen und vom Bundes-
rat ernanntes Mitglied des Vorrenausschusses. Im Jahre 1895
war er in der vom Reichsjustizamt einberufenen Kommission
zur Bearbeitung des Entwurfs für das neue Handelsgesetzbuch
Vertreter für Sachsen.

Der verstorbene Georgi war der Bruder des früheren Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Georgi; sein Vater war im sogenannten Märzministerium sächsischer Finanzminister.

Ein origineller Zwischenfall ereignete sich in der letzten Stadtverordnetensitzung in Bickau. Ein Stadtverordneter sprach den Wunsch aus, daß die Polizei in der Handhabung des Polizeiregulativen mehr Nachsicht üben möge. Einige Gastwirte brachten zu dieser Anregung bestimmte Fälle in Erwähnung, durch die sie den Nachweis zu erbringen versuchten, daß die Polizei gegen einige Gastwirte besonders rigoros verfahren. Diese Ausführungen veranlaßten den Vorsitzenden des Kollegiums, die Erörterung derartiger „persönlicher Angelegenheiten“ zu verbieten. Es sei, meinte er, bisher im Kollegium nicht Usus gewesen, die Interessen einzelner hier zur Sprache zu bringen, und es gehe daher nicht an, wenn die Stadtverordneten Schreibelsmeyer und Vär das Forum des Kollegiums dazu benützten, um ihre persönlichen Privatangelegenheiten vorzubringen. Er verbillte sich das nunmehr, da er lange genug geschwiegen habe, auf das energischste. Stadtv. Schreibelsmeyer will sich verteidigen, jedoch erklärt der Vorsitzende Villau: „Sie sind Gastwirt, sie dürfen daher auf Gastwirte Bezugliches hier nicht zur Sprache bringen. (!!) Wenn Sie trotzdem in diesem Falle einen besonderen Auftrag zu erfüllen hatten, so hätte das ein anderer Ihnen müssen.“

Bisher hat man nur gehört, daß Konsumentenvereinsmitglieder in Gemeindevorlesungen zugleich private Interessen vertreten, wenn sie im allgemeinen Konsumenteninteressen verfehlten. Daß aber ein Gastwirt persönliche Interessen vertreten soll, wenn er im allgemeinen Interessen des Gastwirtsgewerbes vertritt, ist etwas ganz Neues. Dann könnte es jedem Stadtverordneten verboten werden, bei einer Angelegenheit mit zu beraten, bei der er durch seinen bürgerlichen Beruf irgendwie interessiert ist. Eine solche Auseinandersetzung ist natürlich durchaus unhaltbar, wie dies auch die Kreishauptmannschaft Zwickau kürzlich dargethan hat. Die Stadtverordneten in Crimmitschau hatten es zwei Genossen, die Konsumentenvereinsangehörige waren, verwehrt, über Konsumentenangelegenheiten mit zu stimmen. Auf ihre Beschwerde entschied die Kreishauptmannschaft gegen die Stadt-

verordnetenversammlung und führte aus, daß man mit demselben Rechte, mit dem man den Konsumvereinsangestellten die Ausübung ihrer Rechte als Gemeindevertreter vorerhielte, auch jedem Grundbesitzer die Teilnahme an der Veratung und Abstimmung untersagen könnte, wenn allgemeine Interessen des Grundbesitzes beraten würden. Dem Vorsitzenden der Zwicker Stadtverordnetenversammlung scheint diese Entscheidung der Kreishauptmannschaft Bautzen nicht bekannt zu sein.

Dresden, 11. November. Durch den Armen Teufel, das Organ der Genossen des ersten sächsischen Reichstagwahlkreises, sind der Stadtrat zu Bittau und der Besitzer der national-liberalen Lausitzer Neuesten Nachrichten so geärgert worden, daß sie auf dem Klagewege gegen den Redakteur des Blattes, den Reichstagabgeordneten Edmund Fischer, vorgingen. Die Bekleidigung des Stadtrats soll durch eine satirische Versprechnung einer Preßsehde bürgerlicher Blätter begangen worden sein. Im Armen Teufel war davon die Rede gewesen, daß eine der bekleideten Blätter, die Bittauer Nachrichten, würde vom Stadtrat beeinflußt. Darin erblickte das hiesige Amtsgericht eine Bekleidung und verurteilte Fischer zu 100 Mark Geldstrafe.

Den Verleger der Tannhäuser Zeitungen verächtlichen soll Fischer durch einen Artikel beleidigt haben, durch den er verleumderische Angriffe des Blattes auf die Sozialdemokratie scharf zurückwies. Die Partei war für die letzten Alttentate verantwortlich gemacht worden und Fischer hatte in seiner Erwidерung darauf hingewiesen, daß der Verleger des Blattes, Böhm, sich selbst einmal als Sozialdemokrat aufgespielt und sozialdemokratische Flugblätter gedruckt habe. Die Wahrheit dieser Behauptung ist bereits früher erwiesen worden. Durch diesen Vorwurf fühlte sich aber merkwürdigerweise auch Herr Neiß beleidigt und das Gericht war auch der Ansicht, daß dieser gekränkt worden wäre, und verurteilte Fischer in diesem Fall zu 75 Mark Geldstrafe. Der Schutz des § 193, den Fischer beantragt hatte, sei, so hieß es in der Begründung, nicht versagt worden, weil Fischer Abgeordneter des Wahlkreises sei, der Schutz habe aber nicht auf die persönlichen Angriffe ausgedehnt werden können.

Aleine Nachrichten aus dem Lande. Staatssekretär von Bodbielski besichtigte in Zwickau und in Chemnitz die postalischen Einrichtungen. — Eine dolchartige Waffe wurde dieser Tage in Briesnitz gefunden, die sich als eine prähistorische Seltenheit darstellt. Der Fund wurde von dem Eigentümer der Fundstelle, Siegeleibesitzer Mögeln, beim Sächsischen Altertumsmuseum schenkungsweise überwiesen. Der Vorsteher des letzteren, Professor Dr. Leichmüller, bestimmt das Alter des Fundstückes auf 3½, Tausend Jahre; dennach würde es aus der frühesten Bronzezeit stammen. Die 35 Centimeter lange Bronzewaffe ist ein etrusischer Dolch, versehen mit Zeichen phönizischer Waffenschmiedekunst. — Der Bergarbeiter Raumann aus Burgk wurde auf dem dem Baron v. Burgk gehörenden Marienschachte bei Gunnendorf bei Dresden durch die Explosion einer mit Dynamitpatronen gefüllten Fästle, der er einige dieser Patronen entnehmen wollte, vollständig zerissen. Der Verunglückte hinterlässt eine Witwe und 11 Kinder. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Geschäftsräume der Baufirma Rösch Nachfolger in Dresden. Dort wollten der Geldschrankfabrikant Schlossermeister Gigas und sein Gehilfe Bachmann mit Hilfe von Chalsenträgern einen schweren Geldschrank wegtragen; die beiden warfen aber das Eintreffen der Chalsenträger nicht ab, sondern versuchten auf eigene Faust, die Arbeit auszuführen. Dabei gewann der Geldschrank das Übergewicht und stürzte vornüber auf Gigas und seinen Gehilfen, so daß diese totgedrückt wurden. — In Bockwitz artete ein Streit zwischen Mann und Frau in einer Arbeitersfamilie zu Thätlichkeiten aus, wobei die Frau zu Boden geworfen wurde und den rechten Arm brach. — Eine 40 Jahre alte Fabrikarbeiterin, die im Verdachte der Kindesstörung steht, sollte in Martenberg festgenommen werden, widerstande sich aber der Festnahme und verursachte dadurch einen großen Menschenauflauf. — Unter dem Verdachte, ihre eigene 20 Jahre alte Tochter verschupst zu haben, wurde in Werbau eine fünfzigjährige verw. Fabrikarbeiterin verhaftet.

g. Halle a. S., 10. November: Die Verwaltung des Allgemeinen Arbeiter-Konsumvereins hat den früheren Comptoiristen Koppermann entlassen, weil er hinter dem Rücken der Verwaltung einem Lieferanten von 10000 Markenbündeln das Angebot der Konkurrenzfirma, Halle'sche Genossenschafts-Druckerei, wo das Volksblatt gedruckt wird, verraten hatte. Die Genossenschaft hatte eine billigere Offerte eingereicht, was R. der Firma Friedrich u. Bauer telephonisch mitteilte, worauf letztere Firma dann eine zweite Offerte mit noch billigerem Angebot machte. Koppermann wurde sofort ohne Kündigung entlassen und läßt nun bei den Tausenden von Mitgliedern in den Fabriken etc. eine Petition gegen die Verwaltung herumgehen, worin er die Suspendierung des Gesamtvorstandes fordert und dem Vorstand schlechte Wirtschaft vorwirft. Koppermann lagte am Sonnabend gegen die Verwaltung wegen kündigungloser Entlassung und das Amtsgericht kam zu dem merkwürdigen Urteil, die sofortige Entlassung als unbegründet zu bezeichnen, da kein wichtiger Entlassungsgrund im Sinne des Handelsgesetzes vorliege. Die Verwaltung muß dem R. den Gehalt von 2 Monaten zahlen; sie wird aber gegen das Urteil Berufung einlegen.

Jena, 11. November. Unseren hiesigen Genossen sind bekanntlich drei Versammlungen verboten worden, zum Teil weil die Referenten, zum Teil weil die Thematik aufreizend waren. Darauf wurde eine vierte Versammlung angemeldet mit dem Thema: Wie der Großvater die Großmutter nahm. Aber auf diese Versammlung stieß auf Gendarmerie. Den Einzelheiten

auch diese Versammlung stell auf Hindernisse. Der Einberufer erhielt folgendes Schreiben des 2. Bürgermeisters Wagner:

Sie haben die Abhaltung einer Volksversammlung angemeldet. Hieraus erhebt, daß es sich um eine politische Versammlung handelt. (Vergl. Ministerialverordnung vom 15. Juli 1874.) Diesem Charakter der Versammlung entspricht jedoch nicht das angegebene Thema. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß Sie nicht dieses, sondern ein politisches Thema in der politischen Versammlung behandeln werden. Ihre Anmeldung kann daher nicht als Anmeldung im Sinne der oben erwähnten Ministerialverordnung angesehen werden, vielmehr muß aus der Anmeldung ersichtlich sein, was zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden soll. Falls Sie eine politische Versammlung abzuhalten wünschen, haben Sie dieser (?) das wahre Thema des beabsichtigten Vortrages anzugeben.

Sie werden darauf hingewiesen, daß, falls Sie eine politische Versammlung ohne gültige Anmeldung abhalten, Sie sich strafbar machen.

Die Logik des Herrn Bürgermeisters ist zwingend. Wenn eine Volksversammlung einberufen wird, so geben die Einberuber selbst zu, daß es sich um eine politische Versammlung handelt. Nun scheint aber dem Bürgermeister das Thema nicht politisch. Aber dann trägt er ja selbst die Schuld, denn er hat ja alle politischen Themen für aufreizend erklärt. Nun unsere Genossen ein harmloses Thema angegeben haben, ist es dem Bürgermeister wieder nicht politisch genug. Unsere Genossen sind natürlich nicht so leicht aus der Fassung zu bringen; sie haben nun für Dienstag den 13. November eine Versammlung

einberufen mit der Tagesordnung: "Die Unedelalte und wie stellt sich die Arbeiterschaft dazu?" Was wird nun der Herr Bürgermeister diesmal ausspielen haben?

Der Verlegerhalter der Erfurter Tribune bemerkte zu dem Bürgermeisterlichen Schreiben: "Der Herr Bürgermeister glaubt uns nicht, daß wir im Stande sind, über das Thema: Wie der Großvater die Großmutter nahm zu referieren. Wahrscheinlich dachte er, wir wollten über den Kreuzgang nach China sprechen. Da irrte er gewißlich! Wir wollten gerade uns einmal recht deutlich darüber aussprechen, was bei unseren Vorfahren noch Mode war, als der Geist eines Schiller, eines Goethe im Großherzogtum walzte. Wir hätten noch gar nicht einmal Gelegenheit genommen, auf die Neuzeit zu kommen. Die Würmderie hätte wir ein andermal behandelt." Hoffentlich gelingt es unseren Genossen noch einmal, dieses interessante Thema unter einem noch unvergänglicheren Titel abzuhandeln.

Der D-Zug-Brand in Offenbach.

Frankfurt a. M., 10. November. Zu dem Eisenbahnunglück bei Offenbach meldet die vorläufigen Abendblätter, daß, soweit bisher festgestellt werden konnte, folgende zehn Personen vermißt werden: Frau Direktor Hoffmann-Mainz, Fabrikant Klein-Mainz, das Chevaar Willy und Else Fuchs-Homburg, Joseph Feil-Frankfurt a. M., Dr. Freising-Schönbach a. d. Elbe, Fräulein Jungmann-Berlin, Fräulein Pochammer, Institutsvorsteherin in Lausanne, Schwester des Generalleutnants Pochammer, ferner ein Herr Hohebrück und die Aufwartefrau aus Berlin. Heute vormittag traf Minister v. Thielicke an der Unfallstelle ein.

Aus Fulda schreibt Reichsabgeordneter Richard Müller der Frankfurter Zeitung: "In der Frankfurter Zeitung lese ich, daß in dem verbrannten Pfälzer D-Wagen nur 6-8 Personen gewesen sein sollen. Ich habe den Wagen von Vebra bis Fulda bestaunt und gefunden, daß in drei Coupees zweiter Klasse allein neun Personen, in den Coupees zweiter Klasse aber mindestens noch 20-22 Personen sich befanden, als er von hier abfuhr. Der Wagen hatte einen viel engeren Seitengang als sonst üblich (caum 60 Centimeter breit), wodurch die Rettung der verbrannten Personen zweifellos noch erschwert worden ist."

Ein Augenzeuge des Eisenbahnunglücks bei Württemberg-Offenbach, Direktor Himmel von der Burgesseisen-Champagnerfabrik in Hochheim, teilt im Mainzer Anzeiger seine Eindrücke mit. Darin heißt es: Der Brand griff so rasend um sich, daß wir (Himmel, Stumpferberg, Höhl) nur mit großer Mühe und knapper Not unser Leben retten konnten. Durch die Thüren war dies nicht mehr möglich und die Fenster blieben unser einziger Ausweg. Grausliche Szenen mussten wir erleben, nadem wir uns ins Freie gerettet hatten. Herr Höhl-Gelsenheim versuchte noch einem anderen Passagier behilflich zu sein, durch Fenster aus dem brennenden Wagen zu kommen, und holte schon die Füße des Mannes erfaßt und um seinen Fuß geschlagen, als die Flammen den noch im Wagen befindlichen Oberkörper des Unglücklichen fachten und Herrn Höhl zwangen, den Mann wieder loszulassen. Der Unglückliche verbrannte elendiglich. Eine bedauernswerte Dame saß schon auf einem Fenster und schrie zum Herzerbarmen um Rettung, aber ehe diese ihr helfen konnte, ergrißten die Flammen ihre Haare, und die Dame fiel zurück in die Glut des brennenden Wagens. Wir zählten später neun Verunglückte, die eine Stunde vorher noch mit uns im Speisewagen gesessen hatten. Nach Verlauf einer traurigen Stunde konnten wir nach Frankfurt weiterfahren.

Dem Mainzer Journal wird aus Offenbach gemeldet, es seien 11-13 Personen gestorben.

Ein Russe, der sich mit zwei schwedischen Herren noch aus dem zustimmungsbereiten Wagen retten konnte, schreibt über die Katastrophe der Frankfurter Zeitung. Als die drei sich mit Ausbildung aller Kräfte heransarbeitet hatten und auf dem Eisenbahnsörper standen, brannte ihr Wagen lichterloh; aus dem mittleren Coupefenster rückte halb eine Frau hervor, die mit herzerbrechender Stimme immer: Mein Kind! mein Kind! rief. Die drei Herren suchten in dem vorderen Wagen vergeblich nach einem Tritt oder einer Leiter, um die Frau herauszuziehen, fanden aber nichts und mußten zuschauen, wie sie von den Flammen verzehrt wurde. Herr v. B. rief inzwischen den Kondulanten und dem Zugführer, die am Blockhäuschen standen, zu, sie möchten mit der Lokomotive und den anderen Wagen weiterfahren, um weitere Gasexplosionen zu verhindern. Es konnte dabei nicht erst abgewartet werden, bis die Harmonisavorrichtung gelöst war; diese wurde vielmehr auseinander gerissen und so konnten dann die Geretteten mit dem vordersten Zugteil später nach Offenbach gebracht werden.

Gemeinde-Zeitung.

Der städtische Haushaltplan für das Jahr 1901 ist so eben den Stadtverordneten zugegangen. Die Einnahmen sind auf 15310928 Mark veranschlagt. Ihnen stehen Ausgaben in Höhe von 28953780 Mark gegenüber. Die gegen das Vorjahr eingetretene Steigerung der Ausgaben um 3460000 Mark findet in der Haupstache ihre Erklärung in veränderten Bedingungen im Conto der Schulen, im übrigen durch höhere Verdienstziffern. Der Fehlbetrag, der durch Steuern aufzubringen ist, stellt sich auf 1568852 Mark. Davon entfallen auf die städtische Grundsteuer 1680000 Mk., auf die Grunderwerbsteuer 500000 Mk., auf die Hundesteuern 120000 Mark und auf die städtische Einkommesteuer 11842852 Mark. Danach sind an städtischer Einkommesteuer 791357 Mark mehr aufzubringen als im laufenden Jahre, wobei rund 10 Prozent mehr Zuschlag zum Normalsteuersatz erhoben werden müssten als 1900, wenn nicht, wie bereits angedeutet wird, neue Steuerquellen (Biersteuer etc.) erschlossen werden.

Neue Haushaltungsschulen. Nachdem sich die in Verbindung mit der XIII. Bürgerschule in L.-Plagwitz unterhaltene Haushaltungsschule in jeder Weise bewährt hat, sollen von diesem nächsten Jahres ab zwei neue Haushaltungsschulen errichtet werden und zwar in der 29. Bezirksschule in L.-Gohlis sowie in der XIV. Bürgerschule in L.-Comenius. Für Einrichtung und Betriebskosten ist für beide Schulen in den Haushaltplan auf 1901 ein Betrag von 18304 Mark eingesetzt worden.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, die Mittwoch den 14. November 1900 abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkt abgehalten wird, hat sich u. a. mit folgenden Verhandlungsgegenständen zu beschäftigen: Wahl der Wahlgehilfen für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse; Errichtung eines neuen Waisenhauses an der Ecke der äußeren Eisenstraße und der Waisenhausstraße in Comenius; Ausführung eines Neubaues auf dem Grundstück Nr. 43 der Niedersedlitz und Ausbau der an letzterer stehenden Häuser Nr. 37, 39 und 41 für die Zweiganstalt des Johannis hospitales an der Niedersedlitz; Entwurf eines Ortsgefeiges über die Verteilung der Beiträge zu den Kosten der Elsterüberbrückung im Zuge der Limburger Straße zu L.-Kleinischütz und L.-Schleswig auf die anliegenden Baugrundstücke; Münzierung des Rates auf die Anträge des Kollegiums, betr. Aufstellung eines Ortsgefeiges über offene Bauweise für die Bebauung der Baublöcke zwischen dem Schönauer Wege, der Bahnhof- und Annaulhainer Straße in L.-Kleinischütz.

Männerlicher Diebstahl. Der 38jährige mehrfach auch mit Zuchthaus bestraft Arbeiter Louis Albert Lorenz aus Schladebach war bis zum 6. Juli d. J. bei dem Obstpächter Lange auf der Leipzig-Merseburgsee Thunssee in Arbeit, verunglückte aber an diesem Tage. Nach seiner Genebung wollte er wieder in Arbeit treten. Den Lange hatte aber inzwischen der Schlag getroffen und er hatte deshalb die Pachtung an den Obsthändler Wittkowski abgetreten. W. hatte genug Arbeiter und konnte deshalb Lorenz nicht einstellen. Am 30. Juli war W. mit der Arbeit des Kirchenpflanzens fertig, hatte aber einen Baum mit Glasflaschen stecken lassen, weil sie zu Verstärkungszwecken benötigt werden sollten. Lorenz machte sich nun über diesen Baum her, um die Flaschen zu plücken. Als ihm dies der Arbeiter W. verbot, drohte er W.: "Wenn Du mich nicht gehen läßt, schlag ich Dir den Schädel auseinander!" und schüttete mit einem Stocke herum. W. holte nun den Pächter Wittkowski herbei. Als dieser kam, hatte Lorenz sich mit den gepflanzten Kirchen an eine andere Kirchenbude gesetzt und spielte Zither. Den W. rief Lorenz zu: "Hund, mach", daß Du weg kommst, ich schlage Dir sonst die Hirnschale ein! W. hielt es für gerader, den Gendarmen holen zu lassen. Als dies Lorenz merkte, machte er sich auf den Weg nach Lindenau, wurde aber von W. verfolgt. Bei dieser Gelegenheit wiederholte W. die Drohung gegen W., wurde aber bald vom Gendarmen verhaftet und ihm die Kirchen im Werte von 1.50 Mk. abgenommen. Unter Annahme mildender Umstände wurde Lorenz wegen räuberischen Diebstahls zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrentreßverlust verurteilt.

König, 10. November. Meineidsprozeß Masloff und Genossen. Am Sonnabend haben nun die Geschworenen ihre Urteile im Königlichen Meineidsprozeß abgegeben, indem sie den Masloff in einem, Frau Wölf in beiden Fällen als schuldig erklärt, jedoch unter Zulassung mildender Umstände bei beiden Angeklagten, Frau Masloff und Frau Berg wurden für nichtschuldig erklärt.

Der Gerichtshof verurteilte Masloff zu einem Jahr, Frau Wölf zu 2½ Jahren Zuchthaus, die leichtere außerdem zu drei Jahren Ehrentreß und dauernder Eidesunfähigkeit. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Das Urteil bedeutet, daß Levy nicht der Mörder des Winter ist.

Streitbrecher keine Bekleidung. Aus Essen schreibt ein d. -Arbeiter: Vor dem Essener Schöffengericht hatte sich am 7. November der Maurer Jos. Lübberting wegen Bekleidung eines Streitbrechers zu verantworten. L. hatte den angeblich Bekleideten "Streitbrecher" genannt und räumte er das "Verbrechen" auch unumwunden ein. Der Amtsamt verantragte 30 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In der Begründung heißt es, der Angeklagte habe in Wohnung berechtigter Interessen gehandelt und weiter sei die Bezeichnung Streitbrecher zutreffend gewesen, weil der angeblich Bekleidete, obwohl er ein Mitglied der Organisation war, dem Streitbeschluß entgegen gehandelt habe. — Die Strafamtkne in Duisburg verurteilte den Maurer Gohlke wegen Bekleidung eines Arbeitswilligen zu 30 Mark Geldstrafe.

Leipziger Angelegenheiten.

Zum Streit der Parlettlegger in Dresden wird uns folgendes mitgeteilt: Die beiden Leipziger Parlettlegger Schönheit und S. haben erklärt, nur dann in Dresden keine Streitarbeit anzunehmen, wenn ihnen die Dresdner Kollegen genügende materielle Unterstützung zugesichert, da Sch. und S. dem Verband nicht angehören. Die Verhältnisse der Solidarität von solchen Vorbedingungen abhängig zu machen, kann nicht gerade als nachahmenswert empfohlen werden. Kollegen, vermeidet den Zugang nach Dresden.

Handarbeiter und Terrorismus. In der letzten Versammlung des Lindenauer Haus- und Grundbesitzervereins wurde angeregt, daß die Hausbesitzer ihre Mieter verpflichten sollten, ihre Waren aus den Läden zu entnehmen, die sich in den von ihnen bewohnten Grundstücken befinden. Nur weil die Anregung als undurchführbar erachtet wurde, ging die Versammlung nicht auf die Sache ein. Man möchte wohl, aber es geht nicht.

Bei der Anwesenheit des Postgenerals von Podbielski in Leipzig ist in Bezeichnungs- und Tischedienst einiges von geschäftlicher und postpolitischer Bedeutung erwähnt worden. Der Präsident der Handelskammer betonte die Errichtung einer direkten Fernsprechverbindung mit dem Westen, insbesondere mit den westlichen Industriezentren, wie Köln, Bremen, Krefeld, Elberfeld, Rassel, sernerhin mit Stuttgart, Mainz, Heilbronn, Mainz u. s. w.; ferner ermöglicht, daß die abends in Hamburg nach Leipzig aufzugebenden Briefe am nächsten Morgen mit der ersten Austragung zur Befüllung kommen. Nedner hoffe umso mehr auf Erfüllung dieser Wünsche, als Leipzig doch wohl zu den "besten Kunden" der Reichspost zählt, fämmen doch in Leipzig auf den Kopf der Bevölkerung an Eingängen 143, an Ausgängen 227 Postsendungen, während in Berlin sich nur 225 Biffern 121 bezw. 165 ergeben. In Leipzig gab es 1894 3044 Fernsprechstellen, 1899 6000 und 1900 weit über 7000 Fernsprechstellen. — Der Leipziger Oberpostdirektor Möhrig teilte mit, daß Ende dieses Monats eine Fernsprechverbindung Leipzig mit Kassel und der Rheinprovinz dem Verkehr übergeben werden würde. — Der Postgeneral selbst erklärte, eine weitere Ausdehnung des Fernsprechwesens sei nur zu wünschen, nicht aber auf Kosten der Gebühren, denn die vielfach gewünschte Ermäßigung der leichten würde zu einer schlechten Bilanz der Telegraphenverwaltung führen. Der Fernsprecher müsse, wie dies in Schweden der Fall sei, auch in der Familie ein lieber Genosse werden. Ferner erwähnte er das deutsch-amerikanische Stabell. Es sei mit deutschem Gelde gebaut worden, mit hin müssen es als nationales Werk gelobt und unterstützt werden. Die Errichtung weiterer eigener Kabel sollte aber nur dann ins Auge gefaßt werden, wenn große wirtschaftliche Interessen es erfordern. Er stellte auch die Frage des Postcheckverkehrs, wobei er konstatierte, daß täglich 25 Millionen Mark bares Geld durch die Hände der Post gingen. Es müsse daher ernstlich an eine Vereinigung und Verbesserung des Geldverkehrs im Postwesen gedacht werden. Schließlich gab der Herr Staatssekretär dem Wunsche auf Einührung eines einheitlichen Formates im Briefpapier und in Ganzpost-Ausdruck, auch meinte er, man solle Briefmarken nicht als Zahlungsmittel benutzen.

Dem Staatssekretär des Reichspostamtes ist übrigens vom Herzog von Sachsen-Altenburg das Großkreuz des sächsischen Hausordens verliehen worden.

Der Centralverband deutscher Händler, Markt- und Viehhändler hat an das sächsische Ministerium des Innern das Eruchen gerichtet, es möglichen die Polizeibehörden der

marktberechtigten Gemeinden angewiesen werden, die bestehenden Marktdiordnungen an einer, jedem Marktbereicher zugänglichen Stelle öffentlich anzuhängen oder anzulegen, damit sich die Marktbereicher über die maßgebenden marktpolitischen Bestimmungen unterrichten könnten. Außerdem hat der Verband gebeten, ihm thunlichst von allen Marktdiordnungen je ein Exemplar übermitteln zu lassen. Das Ministerium des Innern hat sein Bedenken getragen, diefern an sich nicht unbillige Wünsche zu entsprechen und daher die Kreishauptmannschaften veranlaßt, das hierauf weiter erforderliche anzuordnen.

Anwendungswegen. Ein Gewerbetreibender hatte gegen die kreis-hauptmannschaftliche Entscheidung über dessen Zugehörigkeit zu einer Zwangsrimming Beschwerde beim sächsischen Ministerium des Innern erhoben. Es hat die Beschwerde als unzulässig verworfen, da nach der Vorschrift im Paragraph 100¹ der Gewerbeordnung Streitigkeiten darüber, ob jemand einer Zwangsrimming anzugehören habe, von der höheren Verwaltungsbörde endgültig entschieden würden. Das Ministerium bemerkt dazu aber folgendes: Es könne nicht unerwähnt lassen, daß es die getroffene Entscheidung sachlich nicht allenfalls für zutreffend erachte. Nach Paragraph 100¹ Abs. 1 Blf. 1 seien von der Mitgliedschaft bei einer Zwangsrimming Befreiung beim sächsischen Ministerium des Innern erhoben. Es hat die Beschwerde als unzulässig verworfen, da nach der Vorschrift im Paragraph 100¹ der Gewerbeordnung habe beilegen wollen. Auf eine Aufräge, ob die Regierung eine Auslegung des fabrikmäßigen und handwerksmäßigen Gewerbetriebes geben könne, sei erklärt worden: Eine Begriffsbestimmung für die Fabrikbetriebe im Geiste zu geben, sei unmöglich. Entscheidend hierfür seien die Verhältnisse des Einzelhauses. Die hier in Betracht kommenden Merkmale des Fabrikbetriebes ständen aber im großen und ganzen nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ziemlich fein. Zu prüfen sei hierbei insbesondere, ob eine weitgehende Arbeitszeit eingeführt sei, die Größe der Anlage, die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Tätigkeit des Arbeitgebers, die Verwendung von Maschinen. Daß alle diese Merkmale unter allen Umständen zusammentreffen müßten, um den betreffenden Betrieb als eine Fabrik im Sinne des Gesetzes ansehen zu lassen, sei durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts als nicht notwendig anerkannt.

Kanarienausstellung. Sonntag den 9. und Montag den 10. Dezember veranstaltet der Leipziger Kanarienzüchter-Verein in den oberen Lokalitäten des Eldorado, Pfaffendorfer Straße, die 22. allgemeine Ausstellung, verbunden mit Prämierung und Verleihung, neben der auch noch erdenkliche Hilfsmittel zur Zucht und Pflege dieser geizelten Sänger in Augenschein genommen werden können werden können. Die Prämierung findet durch die Herren Obersteiger Müller-Clausthal, C. Richard-Magdeburg und H. Junke in Leipzig-Wahren statt.

Bobstelle im Werte von 34425,20 Mark waren in der Nacht vom 19. zum 20. Juni in der Rauchwarenzurichtung von Paul Scholz in Schlendt entwendet worden. Als Angeklagte erschienen vor der Strafammer zu Halle der 28-jährige Arbeiter Franz Wöhlers, der 23-jährige Kürzchner Franz Schäaf und noch mehrere andere Personen, sämtlich aus Leipzig, auf der Aussagebank. Zwanzig Zelle im Werte von 1000 Mk. sind in Leipzig auf dem Brühl angeblich an einen Juden verloren worden; einige Zelle gingen verloren und die große Menge kam durch Beschlagnahme wieder in den Besitz des Geschädigten. Wöhlers und Schäaf wurden zu je 2 Jahren Zuchthaus und Nebenstrafen verurteilt und drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Geldschrankrauber an der Arbeit. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend drangen Diebe vermitteilt Einsiedlern durch Fenster von der Bahnhofseite aus in das Comptoir der Kohlenfirma Albert Meimann, L.-Neustadt, Neuhäuser Tauchaer Straße 19, und versuchten dort den Geldschrank zu erbrechen. Die Einbrecher haben aber mit ihren Bohrungen nichts anrichten können und mußten so ohne Venie wieder abziehen. Nur eine Kiste Cigarren, die auf dem Geldschrank gestanden hat, haben sie mitgehen lassen. Außerdem haben sie alle Skizzen, Rechnungen, Quittungen, Karten und Kleawatten, überhaupt alles, was ihnen in die Hände gefallen ist, zerrissen und demoliert.

In großen Schreken versetzt wurden in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in letzter Woche zwei Arbeiter, die von Moskau kommend, den Übergang der Berliner Bahn am Moskauer Weg in Einsiedel überschreiten wollten. In diesem Augenblick kam der 12 Uhr 51 Min. in Leipzig eintreffende D-Zug an, gebraust, ohne daß die Barriere an der betreffenden Stelle geschlossen gewesen wäre. Nur durch die Geistesgegenwart der beiden Arbeiter ist größeres Unglück vermieden worden. Nach den Schilderungen der letzteren wäre aber ein Geschirr, wenn es sich zufällig an ihrer Stelle befinden hätte, unrettbar verloren gewesen. Die in dieser Gegend schon wiederhol vor gekommenen Unglücksfälle sollten doch Veranlassung geben, daß für besseren Schutz der Bahnhübergänge bewegenden Personen gesorgt wird.

Zu einem Gohliser Vergnügungstablissement balgten sich gestern abend gegen 11 Uhr zwei junge Leute, ein 22 Jahre alter Markthelfer und ein gleichaltriger Bäckergeselle, aus Übermut auf der Galerie herum. Dabei sind beide über die Brüstung der Galerie auf eine Treppe hinabgefallen. Während nun bei diesem Absturze der Markthelfer ohne Schaden davon kam, blieb der Bäcker bewußtlos liegen, so daß sich seine Überführung in das Krankenhaus nötig machte. Dort hat sich die Verunglückte mittlerweile soweit wieder erholt, daß seine Entlastung erfolgen konnte.

Gewarnt wird vor zwei unbekannten Betrügern, die gestern abend in einer Bäckerei in Einsiedel eine Kleinigkeit kaufte und dabei ein Zehnmärkstück in Zahlung gaben, beim Eintritt des Wechselgeldes aber auch schnell das Goldstück wieder wegnahmen und damit schleunigst verschwanden. Der eine, etwa 35 bis 38 Jahre alt, war von mittelgroßer, kräftiger Gestalt und torpulent, hatte einen starken, roblonden Schnurrbart und trug einen dunklen Jackenanzug, sowie einen schwarzen, weichen Filzhut, während der andere, etwa 26 bis 27 Jahre alt, groß und schwächtig war, einen kleinen, dunklen Schnurrbart hatte und einen hellen Sommerhut, schwarze Hose und einen schwarzen, harten Filzhut trug.

Polizeibericht. In einem Geschäft der inneren Stadt war bis zum 5. d. M. der am 19. August 1879 in Altheim geborene Copropriétaire Albin Nagel Götzke in Stellung. Dort hat dieser, wie sich nach seinem Abgang herausstellte, zwei Wertbriefe, die 137 Mk. in bar und eine Anzahl Wechsel enthielten,

unterschlagen. Von Schieren hat er verschiedene umgesetzt und dadurch etwa 1000 M. erlangt. Alsdann ist er flüchtig geworden. Göpfert ist mittelgross, schmächtig, hat volles, gesundfarbiges Gesicht und dunkelblondes Haar. Er trägt einen dunkelblauen Haddettanzug, dunkelgrünen, langen Herbstüberziehen und grauen, weichen Filzhut.

Eine 19 Jahre alte Näherin aus Schleusingen wurde wegen Diebstahls zur Verantwortung gezogen. Diese Person ist eine Waren aus einem Weizwarengeschäft, für das sie arbeitete, waren im Werte von 200 M. und versteckte diese.

In Haft genommen wurde ein 18 Jahre alter Arbeitsbeschaffender aus Chemnitz, der in einem Geschäft der Königstraße verschiedene Geldbeträge von insgesamt 72 M. unterschlug.

Ein 26 Jahre alter Handlungsgeselle aus Altenburg machte sich in einem Restaurant der Frankfurter Straße eines Betriebs schuldig, weshalb seine Inhaftnahme erfolgte.

Weiter ist ein 31 Jahre alter Kaufmann aus Merzdorf, der sich in Lischau eines Betrugs und in Chemnitz einer Unterschlagung schuldig gemacht hat, festgenommen worden.

In einer Wirtschaft der Neueren Habschen Straße in Görlitz verlor ein 26 Jahre alter Steinmetz aus Brandis gelegentlich eines Streites seinem Gegner, einem Handarbeiter, mit einem Biergläsern einen Schlag über den Kopf, demzufolge der Geschädigte eine erhebliche Wunde davontrug. Der Thäter wurde zur Verantwortung gezogen.

Eine unbekannte Beträgerin erschien am Freitag in einer Wohnung der Promendadenstraße und verlangte von dem Dienstmädchen in dem angeblichen Auftrag der ausgängigen Frau des Hauses deren goldene Uhr und Kette. Das Dienstmädchen war aber so vorichtig, der Frauensperson nicht zu glauben und verweigerte die Herausgabe der Uhr und Kette. Die Schwindlerin ist etwa 20 Jahre alt und von mittlerer Größe. Sie trug ein dunkles Kleid sowie einen kleinen schwarzen Filzhut.

In verschiedenen Gartenabteilungen des Johannisbergs sind am 30. Oktober und am 1. November folgende, vermutlich von Diebstählen herührende Gegenstände aufgefunden worden: 2 Sprossenleitern, 1 Turnapparat — Schwere mit Steigbügeln — und 2 Bücher, bestellt: Die Elemente der Mathematik. Diese Sachen befinden sich in Verwahrung der Kriminalpolizei.

In der Nacht zum Sonnabend haben Diebe aus der Mantine des Centraltheater-Nebenbaus Cigaretten, verschiedene Wurstwaren und einen Rödelklemmer gestohlen.

Weiter ist ein Weinabforschend mit der Fabriknummer 179 802 gestohlen worden.

Auf der Breitestraße in L.-Görlitz stellte am Sonnabend nachmittag in der vierten Stunde ein siebenjähriges Mädchen auf das Hinterteil eines im Gang befindlichen Laufgeschirres. Dabei ist das Kind von dem einen Hinterrade des Wagens erfasst, herumgeschleudert und übersfahren worden, so dass es schwere innere Verletzungen davontrug und in das Krankenhaus gebracht werden musste. Ob den Autisten, der dem Kind gestoppt haben soll, ein Stück mitzufahren, ein Verfahren trifft, werden die eingeleiteten Erörterungen ergeben.

Beim Absteigen von der Straßenbahn ist am Sonnabend abend am Schulplatz eine 51 Jahre alte Cigarrenarbeiterin aus der Felixstraße in L.-Anger-Crottendorf zu Halle gekommen. Infolgedessen hat die Frau eine Verständigung des Müllgrates davongetragen, weshalb sie sich mittels Drosche in ihre Wohnung begeben musste.

In einer Wohnung der Neueren Tandhauser Straße gerieten am Sonnabend verschiedene Kleidungsstücke in Brand. Die Feuergefahr wurde von Hausbewohnern sofort unterdrückt.

Ein weiterer Brand wurde in der Sonntagsnacht aus der verlängerten Eisenbahnstraße in Sellerhausen gemeldet. Aus noch unmittelbarer Ursache war in dem Schnapp eines Handelsmannes Feuer ausgebrochen, das den größten Teil des Schnappes und die darin befindlichen Waren vernichtet. Die Feuerwehr war etwa eine Stunde thätig.

Litterarisches.

Hans Voehs' Kinderleben. Monographien zur deutschen Kulturgeschichte. Herausgegeben von Georg Steinhauer. Band 5. Leipzig bei Eugen Diederichs.

Man nimmt diesen neuen Band des verdienstvollen Sammelwerkes schon vom verlegenden Aeußersten bereit, gern zur Hand, um ihm ein paar Stunden später recht unbefriedigt aus der Hand zu legen. Wenn Kulturgeschichte wie alle Geschichte Erzählung des Geschehenden, des Getroffenen und Vergangenen sein soll, und wenn ihr höchster Reiz darin besteht, uns die kleinen dessen aufzuzeigen, an denen Früchten wir uns freuen, dann verdiene Voehs' altermüdliches Prinzipium die Bezeichnung eines kulturgeschichtlichen Werkes nicht. Wie viele Fragen, die sich bei der geschichtlichen Betrachtung deutscher Kinderlebens ergeben, bleiben völlig unbeachtet, scheinen für den Verfasser gar nicht zu existieren. Stattd Bewegung finden wie Ruhe, statt des Beweises, daß alles Sein ein gewordenes ist, eine Illustration des Spießergedankens, daß es eigentlich im Grunde genommen immer so gewesen ist wie heute, daß die Kinder immer geprügelt wurden, immer gespielt haben und dergleichen mehr. Wie das heutige Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern kulturgeschichtlich geworden ist und werden mußte, wie die heute geltenden Grundsätze der Pädagogik erwachsen sind, wie sich der Verdegang des Kindes zum Erwachsenen früher, im Vergangene zu heute, gestaltet hat, und worin der Grund aller Schiebungen, Aenderungen, Neuerungen gelegen ist — auf all das, was den Kritiker nicht jeder kulturgeschichtlichen Betrachtung des Kinderlebens bilden soll, finden wir bei Voehs' keine Antwort. Es fehlen die großen Gesichtspunkte, die genialen Intuitionen, die man gerade dem Verfasser dieser Plakette aufs sehnlichste gewünscht hätte. Als kulturgeschichtliches Bilderkund und als Quelle für weitere Arbeiten kann Voehs' Buch immerhin empfohlen werden. An kleinen Anregungen fehlt es ja nicht. Besonders reizvoll wird das Buch durch seine prächtigen Reproduktionen von Jan Steen, Pieter Brueghel, Chodowicci, Mettenleiter und vielen Holzschnitten und Kunstschilderungen unbekannter Meister.

Union Tschechoff. Ein bekannter Herr. Humoristische Geschichten. Aus dem Russischen übersetzt von W. Camisoff. Leipzig, bei Eugen Diederichs.

Herr Anton Tschechoff ist ein Domest auf dem Himmel der Literatur, dessen Flugbahn durch die Anziehungskräfte bestimmt ist, die die ästhetische Maupassant und Turgenjew auf ihn ausüben. Er ist ein geschickter Novellist, der ungeheurens Glück gehabt hat. In Litteraturen spricht man von ihm immer mit Eh und Ohm und nennt seinen Namen nicht ohne respektvolles Staunen. „Amosovs Kreis!“ Ja, aber auch nicht mehr als das! Auch die neueste deutsche Nobellenammlung — ich weiß nicht, ob der Verfasser damit einverstanden ist, daß der Liebhaber manche höchst ernsthafte Ehebruchsgeschichte als Humoristik registriert — wird man mit Vergnügen lesen. Es steht Wiz. Beobachtung und Schilderungskunst in ihnen, aber vergebens sucht man in ihnen das Walter einer diesen ernsten Dichterpersönlichkeit. Tschechoffs Novellen also in allen Ehren — aber an ihrem Platze, an ihrem Platze!

Von Nah und Fern.

Grubenunglüd.

Teplice. 12. November. Im Glonorenthalt verbrannte infolge abstürzender brennender Kohle ein Bergmann. Die übrigen in der Nähe gewesenen Bergleute konnten sich retten.

Eine Typhusepidemie

ist in Lemberg ausgebrochen. 45 Opfer sind bereits zu verzeichnen.

Eine Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.
Paris, 11. November. Auf dem Bahnhof von Choisy-le-Roi (Departement Seine-et-Marne) stieß heute ein von Nantes kommender Schnellzug mit einem Lokalzug zusammen. Acht Personen, darunter der Zugführer und der Heizer, sind tot, 16 sind verwundet. Die Lokomotive des Schnellzuges stürzte um, mehrere Eisenbahnwagen sind zerstört und das Gleis ist gesperrt. Sechs Leichen wurden heute nachmittag nach Paris gebracht. Der Zusammenstoß scheint durch ein falsches Signal verhindert zu sein. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist nach der Unglücksstelle abgereist.

Wolkenbrüche in Algerien.

Dran. 10. November. In der Provinz Dran sind wolkenbrüchige Regenfälle niedergegangen. Mehrere Frauen und Kinder sind in der Gegend von Mascara ertrunken. In Tunis ist die Eisenbahnverbindung bei Béjaia unterbrochen.

Verhandlungskalender.

Dienstag: Allemeyn, Coburger Hof, Windmühlstraße.

Donnerstag: Coburger Hof (Wanger-Zaal), Wendes 8 Uhr.

Städterik. Turnerbund, Vereinslokal.

Auskunft in Rechtsfragen.

G. G., Lindenau. Sie können spätestens bis zum 4. Januar mittels eingeschriebenen Briefes für 1. April 1901 tödlichen. Da die Dauer des Mietvertrages nichts vereinbart ist, gilt einjährige Dauer.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 10. November 1900.

(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto inländischer 147—152 bez. Brf. ruhig ausländischer 180—184 bez. Brf.

Roggen per 1000 kg netto hiesiger 151—155 bez. Brf.

Poseiner, Preussisch, 154—157 bez. Brf.

ausländischer 151—154 bez. Brf.

Gerste per 1000 kg netto Brauner hiesige 152—170 bez. Brf.

Mahl-u. Futterware 135—148 bez. Brf.

Hafer per 1000 kg netto inländischer alter 141—147 bez. Brf. ruhig ausländischer 135—144 bez. Brf.

Mais per 1000 kg netto amerikanischer 130—132 bez. Brf.

runder 120—154 bez. Brf.

Oelsaat per 1000 kg netto Raps 12—12,50 bez. Brf.

Rapsküchen p. 100 kg netto 63,00 bez.

Rüböl per 100 kg netto

frei Hans hier ohne Fass 12—12,50 bez. Brf.

ruhig

Malz per 100 kg netto loco 28—30

Wicken per 1000 kg netto loco 150—160

Erbsen per 1000 kg netto loco grosse 175—200

" kleine 165—175

" Futter 152—165

Bohnen per 100 kg netto loco 18—20

Kleesaat per 100 kg netto rot nach Qualität 100—105 feinst

weiß nach Qualität 40—100 Qualität

gelb nach Qualität 40—50 höher

schwarz, n. Qualität 180—140

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgegend, notieren:

Weizenmehl Nr. 021,00—22,00 (Roggemehl) Nr. 0 21,50—22,50

per 100 kg " 0 19,00—20,00 per 100 kg " I 21,50—22,50

" I 17,50—18 M. exkl. Sack " II 15,00—16,00

" II 16—18,50 M. Roggenkleis Mk. 10,75—11,25 per

Weizenschalen 9,50—9,75 M. 100 kg. exkl. Sack

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Spielplan: Montag: Die relegierten Studenten, Aufzug 7 Uhr.

— Dienstag: Die Hochzeit des Figaro, Aufzug 7 Uhr. — Mittwoch:

Die Trojaner, II. Teil, Aufzug 7 Uhr. — Donnerstag: Die Jungfrau von Orleans, Aufzug 7 Uhr. — Freitag: Die Puppe, Aufzug 7 Uhr. — Sonnabend: Die verschwundene Göttin, Aufzug 7 Uhr.

Altes Theater.

Spielplan: Montag: Der kleine Herzog, Aufzug 1/2 Uhr.

— Dienstag: Rosenmontag, Aufzug 1/2 Uhr. — Mittwoch: Othello, (Halbe Preise), Aufzug 7 Uhr. — Donnerstag: Die Geißel. Aufzug 1/2 Uhr. — Freitag: Die strengen Herren, Aufzug 1/2 Uhr.

— Sonnabend: Rosenmontag, Aufzug 1/2 Uhr.

Ächzenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Gelbe Erbsen mit Saucischen.

Speiseanstalt II (Moenchthalgasse): Weißkraut u. Kartoffeln m. Schäppenf.

138. Sachsische Landeslotterie.

Ziehung vom 12. November.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 272 Mark gekennzeichnet.

(Ohne Gewinne.) (Geldbetrag verboten.)

15 000 auf Nr. 2577 bei der Kollektion des Albert-Vereins in Dresden.

905 93 988 616 254 203 606 382 (3000) 918 741 315 88 (300)

288 808 311 675 (1000) 58 (1000) 170 (300) 688 777 892 1894

798 (300) 356 661 583 738 553 871 320 116 556 812 695 800 1

288 474 504 888 518 403 (300) 85 158 915 276 829 80 318 803

2701 322 666 139 967 303 523 513 577 (15 000) 906 211 332

241 472 618 (500) 804 742 3888 988 (300) 60 648 968 292 434

75 395 820 959 598 448 155 312 (300) 513 223 4267 400 282

14 898 240 381 585 516 193 (1000) 525 362 265 308 237 301

612 (1000) 724 5535 784 727 804 487 387 408 548 982 635 606 155 229

406 378 396 271 110 (300) 628 619 506 (500) 024 0653 (300)

984 907 239 703 35 456 489 (1000) 885 314 252 980 17 918 827

375 (500) 999 7080 882 892 326 580 (500) 301 354 785 705

300 827 535 509 33 612 649 702 921 86 (300) 527 455 922 346

289 300 851 26 246 884 898 (300) 2